

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at

© ÖGB-Verlag/Michael Mazohl

Schwerpunkt Populismus

Pssst!

Coverstory:
Der Aufwind ist kein Zufall

Hinter dem Erfolg des Populismus stecken ausgeklügelte Strategien.

6

Schwerpunkt:
Der Elefant namens Ungleichheit

RechtspopulistInnen untergraben die soziale Sicherheit der „kleinen Leute“.

14

Interview:
Fortschreitende Normalisierung

Ruth Wodak über Sprachstrategien des Populismus und die Politik der Angst.

18



18

Interview

Sprachwissenschaftlerin Ruth Wodak im Gespräch über Populismus in Europa und die rechtspopulistische Politik der Angst und ihre Methoden.



26

Interview

Der Ökonom und Kulturhistoriker Walter Ötsch spricht über populistische Methoden und Muster und wie wenig hilfreich Entrüstung für die demokratischen Kräfte ist.

Schwerpunkt

Das schlechte Volk?

12

Schimpfwort sowie Kampfbegriff: Dabei stammt Populismus sprachlich, wie auch die Demokratie, vom Volk ab.

Der Elefant namens Ungleichheit

14

RechtspopulistInnen untergraben die ökonomische Sicherheit, für die sie angeblich kämpfen. Ungleichheit wird so noch größer.

Kein Geld mehr für unsere Leute?

16

Das neue freiheitliche Wirtschaftsprogramm sieht massiven Sozialabbau vor. Was ist aus der „sozialen Heimatpartei“ geworden?

Mitgemeint ist zu wenig

22

Junge fühlen sich im Wahlkampf selten repräsentiert. Das fördert wiederum die Tendenz zu populistischen Gruppierungen.

Im Mund umgedreht

30

Der Schmähbegriff Lügenpresse stößt auch außerhalb des rechten Milieus auf offene Ohren. Auf den Spuren seines Erfolgs.

Hype um Heimat

32

Die „Heimat“ hat Konjunktur. Dabei weiß niemand, was der Begriff, den es nur im Deutschen gibt, genau bedeutet.

Ein Zwillingsspaar?

34

Rechtspopulismus baut auf die Empfänglichkeit der Menschen für fremdenfeindliche Vorurteile.

Mythos der sozialen Hängematte

36

Nützen Flüchtlinge und MigrantInnen das Sozialsystem aus? Studien entkräften dies mit Zahlen und Fakten.

Tödliche Straflust

38

In der EU richtet der Staat nicht mehr über Menschenleben. Doch das Thema „Todesstrafe“ bleibt populistischer Stimmungsmacher.

D wie Demagogie

40

Von Establishment über Gesinnungsterror bis Systemparteien: Begriffe von und über PopulistInnen.



6

Coverstory

In Österreich die FPÖ, in den USA Donald Trump, in Deutschland die AfD – in vielen Teilen der Welt sind populistische Parteien seit Jahren im Aufwind. Das ist kein Zufall. Hinter ihren Erfolgen stecken ausgeklügelte, zum Teil altbewährte Strategien. Nur wer diese kennt, kann den PopulistInnen den Wind aus den Segeln nehmen.

Standards

Historie: Agitatoren und Agitatorinnen	4
Standpunkt: Auf dem Rücken der Schwachen	5
Statistiken: Das 1, 2, 3 des Populismus	24
Nicht zuletzt – von Willi Mernyi	43
Frisch gebloggt	44
Aus AK und Gewerkschaften	45
Man kann nicht alles wissen	46

Erklärungen aller grün markierten Worte.

Impressum

Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,
 Tel.: (01) 534 44-39263 Dw.,
 Fax: (01) 534 44-100222 Dw.,
 Sonja Fercher (CvD),
 Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw.
E-Mail: sonja.adler@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:
 Bettina Eichhorn, Philipp Starlinger, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 662 32 96-0
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Redaktionskomitee:
 Bernhard Achitz, Sonja Adler, Thomas Angerer, Lucia Bauer, Romana Brait, Gerhard Bröthaler, Adi Buxbaum, Georg Feigl, Sonja Fercher, Andreas Gjecaj, Elisabeth Glantschnig, Oliver Gruber, Richard Halwax, Melissa Huber, Lena Karasz, Georg Kovarik, Florian Kräftner, Iris Krassnitzer, Sylvia Kuba, Sabine Letz, Pia Lichtblau, Markus Marterbauer, Michael Mazohl, Martin Müller, Klaus-Dieter Mulley, Ruth Naderer, Martin Panholzer, Brigitte Pellar, Sybille Pirklbauer, Charlotte Reiff, Philipp Schnell, Georg Sever, Josef Thoman, Christina Wieser, Gabriele Zgubic, Karin Zimmermann

Redaktionsmitglieder:
 Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler (Sekretariat),
 Michael Mazohl (Artdirektion)
 Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
 Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler, Beatrix Beneder,
 John Evers, Astrid Fadler, Oliver Gruber, Lena Karasz,
 Irene Mayer-Kilani, Michael Mazohl, Dietmar Meister,
 Willi Mernyi, Gabriele Müller, Brigitte Pellar, Alexander Pollak,
 Miriam Rehm, Christian Resei, Alexandra Rotter,
 Lisa Sinowatz

Herausgeber:
 Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Strasse 20–22, und Österreichischer Gewerkschaftsbund,
 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber:
 Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,
 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0 Dw.,
 Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.,
E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at,
Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH
Verlagsort: Wien
Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):
 Einzelnummer: € 2,50;
 Jahresabonnement Inland € 20,-;
 Ausland zuzüglich € 12,- Porto;
 für Lehrlinge, StudentInnen und PensionistInnen ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-
 Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien,
 Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0,
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:
www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung
 ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655
 ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,
 ISSN (Blog) 2519-5492
 Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

Agitatoren und Agitatorinnen

Abgesandte der frühen ArbeiterInnenorganisationen reisten durch die Lande, um die ArbeiterInnen für das Einfordern ihrer Rechte zu gewinnen.

Sie hungerten und froren mit ihren „Zielgruppen“, sie mussten ständig mit Verhaftung rechnen. Sie, das waren die Männer und Frauen, die als AktivistInnen der frühen ArbeiterInnenbewegung durch die Länder der Habsburgermonarchie reisten, um die ArbeiterInnen für die Sache des Sozialismus und den Kampf für ihre Gleichberechtigung zu gewinnen und um sie bei Streiks zu unterstützen.

Josef Hannich, ein sozialdemokratischer Reichsratsabgeordneter aus Böhmen, zeichnete das „Profil“ eines solchen Agitators am Beispiel des 1840 geborenen **Josef Krosch**: **Dieser Tuchmachergeselle ... sprach klar, kurz und feurig ... Er war groß von Wuchs und hatte überhaupt ein sehr einnehmendes Äußeres. Rücksichten kannte er im Kampfe um die Interessen der Arbeiterschaft keine, und er nahm auch keinerlei Rücksicht, weder auf sich noch auf Andere. Dass er, als die Bewegung ernst wurde, aus der Arbeit entlassen wurde, ist schon erwähnt worden ... Überdies ging es mit seinem Kehlkopf- und Lungenleiden ... rasch bergab. Er hätte sich schonen mögen und sollen, doch er tat es nicht. Er hatte sich dem harten Kampfe für die Erlösung der Arbeiterschaft ... gewidmet und er hat in diesem Kampfe ausgehalten!**

Die sozialdemokratische Frauenorganisatorin Adelheid Popp ordnete den aus ihrem Arbeiterinnen-Bildungsverein hervorgegangenen Agitatorinnen ganz ähnliche Eigenschaften zu:

Die wichtigste Voraussetzung für die Tätigkeit der Partei in den Anfangsjahren war ein

heißes Herz für die Leiden der anderen und ein halbwegs klarer Kopf, um die Umwelt beurteilen zu können.

Diese Aktivistinnen kamen alle selbst aus der Arbeiterschaft. Sie sprachen die Sprache ihrer ZuhörerInnen auf Marktplätzen und in Versammlungslokalen, aber sie redeten ihnen im Gegensatz zu den PopulistInnen des 21. Jahrhunderts nicht nach dem Mund. Ganz im Gegenteil, ihnen ging es darum, dass die ArbeiterInnen die Mechanismen zu durchschauen lernten, die sie zu Menschen zweiter Klasse degradierten, um sich gegen sie auflehnen zu können.

Im Interesse ihrer Aufklärungstätigkeit bildeten sie, die im besten Fall acht Klassen Volksschule besucht hatten, sich im Selbststudium laufend weiter. Über den Agitator Krosch schrieb Josef Hannich, er **hatte sich eine literarische Bildung und politische Schulung angeeignet, um die ihn mancher Bourgeois, dem die Tore der Mittel- und Hochschule offen waren, beneidet hätte.**

Und Adelheid Popp betonte die Bedeutung der ersten ArbeiterInnenbüchereien: **wertvoll war für die Redner die Bibliothek des Arbeiter-Bildungsvereines in Gumpendorf.**



Das Interessante Blatt, 25.06.1885, S. 5 (Ausschnitt).

Auch in den 1880er-Jahren, als fast alle ArbeiterInnenvereine verboten waren, kam es zu spontanen Streiks. Im Jahr 1885 etwa wehrten sich TextilarbeiterInnen in Brünn/Bruno gegen brutale Arbeitsbedingungen. Trotz des Verbots und Strafdrohung wurden sie, wie diese Zeichnung dokumentiert, von illegal weiter aktiven „Agitatoren“ unterstützt.

Auch der Arbeiterinnen-Bildungsverein richtete sich eine Bücherei ein mit den wichtigsten Broschüren, die für die Agitation notwendig waren.

Einsatzbereitschaft und Fähigkeiten waren also reichlich vorhanden, nicht aber finanzielle Mittel. Anna Boschek, die Vertreterin der Frauen in der Gewerkschaftskommission, musste es zum Beispiel auf sich nehmen, vier Wochen lang ununterbrochen Versammlungen abzuhalten, um die Spesen, die entstanden, für die einzelnen Gebiete zu verringern.

Ausgewählt und kommentiert
von Brigitte Pellar

brigitte.pellar@aon.at

Auf dem Rücken der Schwachen

Standpunkt



Sonja Fercher

Chefin vom Dienst
Arbeit&Wirtschaft

Die Begrifflichkeiten des Rechtspopulismus, der das „Volk“ beschwört, das sich gegen „Volksfeinde“ wehren müsse, erinnern nicht umsonst an den Nationalsozialismus. In diesem System wurde diese Vorstellung auf eine mörderische Spitze getrieben. Diesen Zusammenhang herzustellen gilt inzwischen als verpönt, denn das moralische Beschwören hat nicht zum erhofften Erfolg geführt: Das Tabu konnte nicht aufrechterhalten werden, vielmehr wurde es von RechtspopulistInnen lustvoll gebrochen und mit dem Begriff der „Nazi-Keule“ belegt.

In der Tat ginge es zu weit, würde man die heutigen Verhältnisse mit jenen der Weimarer Republik oder des Austrofaschismus vergleichen oder RechtspopulistInnen mit Nazis gleichsetzen. Auch hat sich gezeigt, dass der moralische Impuls allein nicht reicht, um rechten Gruppierungen zu begegnen. Dennoch scheint mir der Hinweis auf die Geschichte enorm wichtig – im Sinne einer Verantwortung, die wir zu tragen haben.

Rassistischer Unterton

Neuerdings ist wieder viel von den „Sorgen und Ängsten“ der WählerInnen von rechtspopulistischen Parteien die Rede, die ernst genommen werden müssten. Es mutet sehr seltsam an, wenn Sorgen und Ängste erst dann wahrgenommen wer-

den, wenn sie mit rassistischem Unterton daherkommen. Wenn dieses „Ernstnehmen“ zudem bedeutet, dass sich andere Parteien den Positionen der RechtspopulistInnen annähern oder sie gar übernehmen, ist dies gefährlich. Denn so gibt man der Agenda der PopulistInnen recht: Nicht die soziale Ungleichheit, die größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich, die wachsende Armut, der Mangel an Chancengleichheit in Bildung und damit am Arbeitsmarkt sind das Problem – vielmehr sind es „die Ausländer“.

RechtspopulistInnen in Österreich haben die politische Agenda bereits erfolgreich beeinflusst. Entgegen jeglichen Fakten wird etwa behauptet, die Zuwanderung in den Sozialstaat sei eine Gefahr. Die einfache Lösung: Wenn man keine MigrantInnen mehr hereinlässt, ist der Sozialstaat gerettet. Dass jene, die dies propagieren, den Sozialstaat auch dann weiter beschneiden wollen, wenn kein/e AusländerIn mehr die Grenze überschreitet, wird ignoriert.

Dazu kommt eine eigenwillige Selbstkritik, man habe das „Problem der Integration“ bisher unterschätzt. So scheint man es sich schönzureden, wenn man fremdenfeindliche Propaganda übernimmt, statt eine offene Debatte über Integration zu führen – oder darüber, in welcher Gesellschaft wir leben wollen: Ist es eine, in der alle Menschen faire Chancen haben, egal welcher sozia-

len oder ethnischen Herkunft sie sind, egal welches Geschlecht sie haben?

Keine Frage, es ist unpopulär, über Verteilungs- oder Chancengerechtigkeit zu sprechen. Dass auch der Westen Verantwortung für die Fluchtbewegungen auf der Welt hat, weil unser Reichtum auf Kosten der Menschen in anderen Regionen geht. Dass der Reichtum von wenigen auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung geht. Dass auch die Wirtschaft von einer gerechten und solidarischen Gesellschaft profitiert. Aber auch wenn es unpopulär sein mag: Es ist dringend nötig.

Gerechte Gesellschaft

Herrschaftskritik, Gesellschaftskritik, Medienkritik: Sie sind in einer Demokratie unabdingbar. RechtspopulistInnen üben diese – allerdings nur scheinbar. Denn ihr Ziel ist es nicht, die kritisierten Zustände zu verbessern, vielmehr haben sie zerstörerische Absichten.

Leider haben sie Erfolg, denn die gesellschaftliche Stimmung ist angespannt bis aggressiv. Dies zu ändern ist harte Arbeit. Aber sie ist dringend nötig, denn die gesellschaftlichen und sozialen Herausforderungen sind enorm und die in Österreich lebenden Menschen haben es verdient, dass dafür konstruktive Lösungen im Sinne einer gerechten Gesellschaft gefunden werden.

Wie funktioniert **Populismus?**



Stellen PopulistInnen falsche Behauptungen auf oder erfinden neue Begriffe, wiederholen sie diese so oft, bis sie sich in den Köpfen der Leute festsetzen. Wurde ein Begriff oft genug wiederholt, brauchen PopulistInnen ihn nur zu nennen und er aktiviert im Kopf ein ganzes Begriffsfeld.

In Österreich die FPÖ, in den USA Donald Trump, in Deutschland die AfD – in vielen Teilen der Welt sind populistische Parteien seit Jahren im Aufwind. Das ist kein Zufall. Hinter ihren Erfolgen stecken ausgeklügelte, zum Teil altbewährte Strategien. Nur wer diese kennt, kann den PopulistInnen den Wind aus den Segeln nehmen.

Text: Dietmar Meister | Fotos: Michael Mazohl



Was ist eigentlich dieser Populismus, über den alle reden? Der Begriff Populismus steht für eine bestimmte Art des politischen Handelns, der das Ziel verfolgt, Macht zu erwerben oder zu erhalten. Populismus zeichnet sich durch starke Vereinfachung und emotional aufgeladene Feindbilder aus, vor allem aber durch den konstruierten Gegensatz zwischen zwei klar voneinander abgrenzbaren, jeweils homogenen Menschengruppen. Hier stehen „Wir“, dort „die Anderen“. Während in dem demagogischen Weltbild, das dem Populismus zugrunde liegt, das „Wir“ dem „Volk“ entspricht, hängt die Definition „der Anderen“ vom jeweiligen Zusammenhang ab. So können, wie die Journalistin Nina Horacek und der Kulturwissenschaftler Walter Ötsch schreiben, „die da oben“ (die Elite, die „Systemparteien“ oder die EU) genauso die Rolle der „Anderen“ einnehmen, wie „die da draußen“ (die AusländerInnen, die Moslems, die „Asylanten“) oder „die da unten“ („Wirtschaftsflüchtlinge“, „Sozialschmarotzer“ etc.).

Der Wille des Volkes

Populismus funktioniert nicht ohne moralische Dimension, sagt der Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller. Und die-

se moralische Dimension ist „der Volkswille“. PopulistInnen tun so, als würden sie eigentlich nur passiv „den Volkswillen“ abbilden: „ER will, was WIR wollen“, formulierte dementsprechend die FPÖ über ihren Obmann Heinz-Christian Strache. In Wirklichkeit erschaffen PopulistInnen „das Volk“ selbst und ersetzen „die wirklichen Volkswillen“ durch „den wahren“ Volkswillen, den sie selbst auf autoritäre Weise bestimmen. „Wir und nur wir repräsentieren das wahre Volk“, lautet ihre Devise. So sagte Donald Trump in der Rede zu seiner Amtseinführung: „Heute ist die Macht ans Volk zurückgegeben worden.“ Das soll nichts anderes heißen als: Wenn Trump regiert, regiert das Volk. Für das „wahre Volk“ steht auch Nigel Farage von der UK Independence Party, der nach dem Brexit-Votum sagte: „A victory for real people.“ Die „echten“ Menschen haben gesiegt, jene 48 Prozent, die in der EU bleiben wollten, gehören nicht dazu.

„Wir“ und die „Anderen“

Für das „Wir“ erfinden PopulistInnen das ausschließlich mit positiven Eigenschaften ausgestattete „Volk“ – anständig, ehrlich, fleißig, gut. „Die Anderen“ sind hingegen ausschließlich kriminell, verlogen, faul – oder vereinfacht ausgedrückt:



„Wenn Strache einen normalen Bericht von uns auf Facebook teilt, dann merken wir, das haut die Quote auf das 1,5-Fache hoch. Und umgekehrt kriegt er natürlich auch mehr Traffic, wenn wir ihn pushen“, sagt Richard Schmitt, Chefredakteur von krone.at.



Sie sind böse. Widersprüche gibt es dabei keine: So können AusländerInnen gleichzeitig faul und arbeitsscheu sein und den InländerInnen Arbeits- und Wohnplätze wegnehmen. Wichtig ist vielmehr, dass „die Anderen“ völlig anders sind als „wir“. Nichts verbindet sie und uns. Jede positive Aussage über „die Anderen“ wird vermieden. Keiner von ihnen hat Respekt verdient, ihre Würde wird missachtet, ihre Motive werden ignoriert. Genauso wird jede negative Aussage über das „Wir“ vermieden, weder Absichten noch Handlungen werden hinterfragt. Das „Wir“ ist stets fehlerfrei und makellos.

Mit den „Anderen“ als Sündenböcken lässt sich alles ganz einfach erklären: Fehlt dem Staat Geld, verursachen Flüchtlinge zu hohe Kosten. Gibt es Gewaltverbrechen, liegt dies an „den Ausländern“ und der „viel zu liberalen Politik“. Fahren PopulistInnen bei Wahlen Misserfolge ein, ist dafür die „Lügenpresse“ verantwortlich. Kommen PopulistInnen unter Druck, konstruieren sie sich als von der „Jagdgesellschaft“ verfolgte Opfer. „Sie sind gegen IHN, weil ER für EUCH ist“, schrieb die FPÖ auf ihre Plakate – im Jahr 1994 war ER Jörg Haider, seit 2008 ist es Heinz-Christian Strache.

Einige Jahre später trieb Strache die Täter-Opfer-Umkehr mit seinem „Wir sind die neuen Juden“-Sager auf die vorläufige Spitze.

Das Spiel mit der Angst

PopulistInnen sprechen gezielt Ängste an, reden eine gefährliche Welt herbei und verstärken Vorurteile. Eine ihrer zentralen Botschaften lautet: Die „Anderen“ sind eine Gefahr für „uns“, sie bedrohen „uns“.

Dieses Spiel mit der Angst ist nicht neu. Vor mehr als hundert Jahren warnte der glühende Antisemit und einstige Wiener Bürgermeister Karl Lueger: „Groß-Wien darf nicht Groß-Jerusalem werden.“ Im Jahr 2005 plaktierte die FPÖ fast wortgleich, nur mit anderem Feindbild: „Wien darf nicht Istanbul werden.“ Im Jahr 1989, vor dem Fall des Eisernen Vorhangs, schürten PopulistInnen die Angst vor

den Hunderttausenden RumänInnen, die das Land überfluten werden – heute sind es „die Moslems“ oder „die Flüchtlinge“, vor denen das „Volk“ sich fürchten soll. Marine Le Pen vom französischen Front National warnt vor „gigantischen Migrantenzügen, die hier ankommen“, Alexander Gauland von der deutschen AfD vor „menschlicher Überflutung“. Und der Niederländer Geert Wilders schreit zu seinen Anhängern: „Wir befinden uns tatsächlich im Krieg.“

„Ganz so, als ob es sich um eine Armee handelte, um Soldaten, die uns arme Ohnmächtige niederringen wollten“, sagt die Linguistin Ruth Wodak treffend. Und weil wir uns vor den „Anderen“ fürchten müssen, weil die „Anderen“ uns bedrohen, ist es „unser gutes Recht“, uns zu wehren – gegen „die Ausländer“ genauso wie gegen „die Volksverräter“ und „die Gutmenschen“.

Die Sprache des Hasses

Die Sprache der PopulistInnen ist eine Sprache des Hasses. Sie diskreditieren Schutzsuchende, beleidigen politische GegnerInnen und rufen zu Gewalt auf.

Ein bekanntes Beispiel dafür ist jene öffentliche Ansprache des hochrangigen FPÖ-Politikers und Wiener Vizebürgermeisters Johann Gudenus, in der er sagte: „Dann heißt es bei Bedarf auch ‚Knüppel aus dem Sack‘ für alle Asylbetrüger, Verbrecher, illegale Ausländer, kriminelle Islamisten und linke Schreier.“ Und Gudenus’ Parteikollege Christian Höbart schreibt auf Facebook ähnlich drastisch: „Irgendwelche kulturfernen und ungebildeten Höhlenmenschen und Ziegenhirten (zugespißt formuliert, aber Ihr wisst, was und wen ich damit meine!) plündern in Wahrheit unsere sozialen Sicherheitssysteme.“

Wie mit politischen GegnerInnen umgegangen wird, konnte man im Wahlkampf zur Bundespräsidentenwahl 2016 beobachten. Der spätere Verlierer Norbert Hofer beschimpfte Alexander Van der Bellen nicht nur als „Systemvertreter“ und „Befehlsempfänger aus Brüssel“, der „zu viel Kaffee getrunken“ habe, sondern er versuchte

ihn auch mehrfach als „vergesslich“ bzw. dement darzustellen.

Stellen PopulistInnen falsche Behauptungen auf oder erfinden neue Begriffe, wiederholen sie diese so oft, bis sie sich in den Köpfen der Leute festsetzen. Wurde ein Begriff oft genug wiederholt, brauchen PopulistInnen ihn nur zu nennen und er aktiviert im Kopf ein ganzes Begriffsfeld: Sagt ein Populist „Medien“, hören seine Anhänger „Lügenpresse“. Sagt er „Linke“, hören sie „Gutmenschen“ oder „Willkommensklatzer“. Sagt er „Asylanten“, tauchen in ihren Köpfen die Begriffe „Sozialschmarotzer“, „Vergewaltiger“ oder „Terroristen“ auf.

Falsche Zahlen und Behauptungen

Um zu beweisen, dass ihre Hetze gegen die „Anderen“ berechtigt ist, arbeiten PopulistInnen mit falschen Zahlen und falschen Behauptungen. Sie aktivieren negative Gefühle, Ängste und Vorurteile, indem sie empörende Einzelfälle aus der konstruierten Gruppe der „Anderen“ schildern und diese dann für die gesamte Gruppe verallgemeinern.

Dass die dazu präsentierten Zahlen mitunter frei erfunden sind, ist für sie unproblematisch, weil die Zahlen ohne intensive Recherche kaum überprüfbar sind. So hat zum Beispiel Heinz-Christian Strache auf seiner Facebook-Seite bereits mehrmals eine Grafik veröffentlicht, die belegen soll, wie sehr der österreichische Staat AsylwerberInnen gegenüber Einheimischen bevorzugt.

In Straches Darstellung wird ein Asylwerber mit sechs Kindern mit einem Facharbeiter mit drei Kindern verglichen. Dem Asylwerber werden außerdem Zahlungen aus der Familienbeihilfe zugerechnet, obwohl AsylwerberInnen keine Familienbeihilfe erhalten. Und die Ausgaben der Krankenversicherung werden nur der AsylwerberInnenfamilie in Rechnung gestellt, obwohl ÖsterreicherInnen genauso darauf Anspruch haben.

Die Zahlen sind falsch, die Botschaft kommt trotzdem an. Das personalisierte Paradebeispiel für falsche und irreführende Behauptungen ist US-Präsident Donald Trump. Niemand lügt

nachweislich so viel wie er. Laut Fact Checker der „Washington Post“ verbreitete Trump seit seiner Amtseinführung im Jänner 2017 im Schnitt fünf Unwahrheiten am Tag – schon Anfang August hatte er die Tausendermarke geknackt.

Die Rolle der Medien

Qualitätsmedien orientieren sich an Tatsachen, überprüfen Aussagen und Zahlen, und sie stellen kritische Fragen. Für populistische Politik sind sie damit unbrauchbar. Stattdessen werden sie mit Ausdrücken wie „Lügenpresse“ zu Feinden erklärt.

Ausgewählte Massenmedien hingegen nehmen die Rolle als Partner ein. „Wenn Strache einen normalen Bericht von uns auf Facebook teilt, dann merken wir, das haut die Quote auf das 1,5-Fache hoch. Und umgekehrt kriegt er natürlich auch mehr Traffic, wenn wir ihn pushen“, sagt beispielsweise Richard Schmitt, Chefredakteur von krone.at.

Um ihre Botschaften noch weiter zu streuen, bauen PopulistInnen zusätzlich eine eigene Medienwelt auf. Darum hat Donald Trump den Leiter des Zentralorgans der rechtsextremen „**Alt-Right**“-Bewegung, „**Breitbart**“-Chef **Stephen Bannon**, in sein Wahlkampfteam geholt. Und auch die FPÖ hat in den vergangenen Jahren ein kleines Medienimperium aufgebaut: Neben ihrer traditionellen Parteizeitung „Neue Freie Zeitung“, der von Andreas Mölzer herausgegebenen Wochenzeitung „Zur Zeit“ und dem freiheitlichen Monatsmagazin „Aula“ gibt es seit 2015 bzw. 2016 im FPÖ-Umfeld zwei neue Printprodukte: die Zeitschriften „InfoDirekt“ und „Wochenblick“ – beide haben ihren Sitz in Oberösterreich und beide haben trotz personeller Überschneidungen offiziell nichts mit der FPÖ zu tun.

Schon im Jahr 2012 startete die FPÖ ihr eigenes Internetfernsehen: FPÖ TV konzentriert sich auf Jubelmeldungen über die eigene und Negativberichterstattung über andere Parteien. Und seit 2009 ist die unter anderem von FPÖ-Politiker Martin Graf gegründete Website unzensuriert.at on-

line, auf der die FPÖ inseriert und deren Inhalte von FPÖ-PolitikerInnen gerne auf Facebook geteilt werden.

Ihr mediales Netzwerk nutzen PopulistInnen gerne, um mehr direkte Demokratie zu fordern. Dabei geht es ihnen in Wahrheit nicht um „mehr“ Demokratie, sondern um eine „andere“, populistischere Demokratie.

Direktdemokratische Entscheidungen wie Volksentscheide lassen sich zum einen sehr viel schwerer korrigieren als Parlamentsbeschlüsse – man denke an die Brexit-Abstimmung –, aber Volksbefragungen, Volksabstimmungen und Referenden bringen PopulistInnen auch etwas, bevor sie überhaupt stattfinden. Nämlich: Abstimmungskampagnen.

Derartige Kampagnen zu fahren fällt PopulistInnen wesentlich leichter, als normale Parlaments- oder gar Regierungsarbeit zu leisten. Mit Abstimmungskampagnen können PopulistInnen Druck aufbauen – Druck auf die Regierung, wenn sie in der Opposition sind, Druck auf Regierungspartner, wenn sie in einer Koalition regieren.

Feinde der Demokratie

Sind PopulistInnen an der Macht, richten sie diese Macht ganz schnell darauf aus, eigene, antipluralistische Gesetze und Verfassungen zu erlassen, um die Meinungs- und Versammlungsfreiheit einzuschränken. Den „Volkswillen“ versuchen sie dann möglichst schnell auszuhebeln, die Demokratie und ihre Institutionen autoritär umzubauen. Anschauliche Beispiele sind die jüngsten politischen Entwicklungen in Ungarn, Polen oder in der Türkei.

Populistische Bewegungen sind autoritär, stehen unter der direkten Leitung einer Gruppe oder Einzelperson. An der Ausweitung der Partizipation haben PopulistInnen keinerlei Interesse. Denn PopulistInnen sind Feinde der Demokratie.

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
dietmar.meister@oegb.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Wie kann man mit PopulistInnen umgehen?

Was man nicht machen sollte: PopulistInnen unterschätzen, ihre WählerInnen verteufeln oder Eliten unkritisch verteidigen. Genauso falsch ist es, wenn Parteien oder andere Gruppierungen versuchen, den PopulistInnen Wind aus den Segeln zu nehmen, indem sie deren populistische Parolen oder Herangehensweisen übernehmen oder gar zu überbieten versuchen.

Ratsam ist es vielmehr, sich möglichst nicht provozieren zu lassen und sich sachlich mit ihnen auseinanderzusetzen. Im persönlichen Gespräch kann man die genannten Muster aufdecken, das Bild der gespaltenen Gesellschaft hinterfragen oder auch die Gesprächsebene wechseln. Nina Horaczek und Walter Ötsch nennen in ihrem Buch „Populismus für Anfänger“ einige Beispiele dafür: „Jetzt spielen Sie schon wieder das Opfer!“, „Was genau meinen Sie mit Volk?“ oder „Jetzt lenken Sie aber ganz gewaltig vom Thema ab!“.

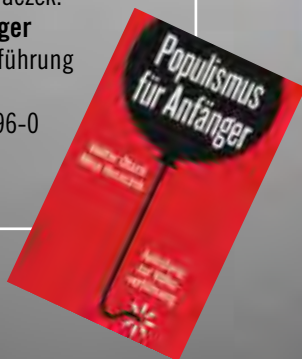
Ein gutes Mittel ist es auch nachzufragen: „Wie meinen Sie das?“, „Wie definieren Sie den Begriff?“, „Was ist Ihre Lösung für dieses Problem?“.

Nicht zuletzt sollte man **stets die eigenen Inhalte und Positionen in den Vordergrund** stellen und zu den eigenen Überzeugungen und Werten stehen.

BUCHTIPP

Walter Ötsch, Nina Horaczek:
Populismus für Anfänger
Anleitung zur Volksverführung
Verlag Westend, 2017
ISBN: 978-3-86489-196-0

Bestellung:
www.besserewelt.at



Das schlechte Volk?

Populismus ist Schimpfwort wie Kampfbegriff. Dabei stammt er sprachlich, wie auch die Demokratie, vom Volk ab. Ist er dennoch per se abzulehnen?

Alexandra Rotter
Freie Journalistin

Ist jede/r zweite amerikanische WählerIn ein/e IdiotIn? Ist rund ein Drittel des österreichischen Wahlvolks unvernünftig? Oder warum fallen sie auf PopulistInnen herein und lassen sich mit marktschreierischen Phrasen, vereinfachenden Schuldzuweisungen und ausgrenzenden Ideen verführen? Immer mehr Menschen schenken populistischen Parteien ihre Stimme oder populistischen Parolen ihr Ohr. Kann es sein, dass so viele Menschen nicht sehen, wie sie rhetorisch verschaukelt werden? Populismus erlebt eine Hochblüte, nicht nur von rechts in Form von Trump, Le Pen, Wilders, Orbán oder Strache. Auch auf linker Seite werden etwa dem Labour-Parteichef Jeremy Corbyn, der spanischen Podemos oder der griechischen Syriza populistische Tendenzen unterstellt. Und hat hierzulande Peter Pilz keine Berührungspunkte mit Populismus?

Abbild der Gesellschaft

Der belgische Historiker und Archäologe David Van Reybrouck hält Populismus nicht per se für schlecht. In seinem Essay „Für einen anderen Populismus“ spricht er sich für mehr, aber „besseren“ Populismus aus. Populismus sei keine Krankheit, sondern Symptom eines tiefer liegenden Problems. Große Bevölkerungsteile, vor allem Geringqualifizierte, seien in der Politik nicht mehr repräsentiert. Es herrsche eine „Diplomdemokratie“: In Parlamenten und Regierungen sitzen vor allem Menschen mit akademischen

Abschlüssen, welche die Interessen von Geringqualifizierten zu wenig vertreten würden. Van Reybrouck zeigt auf, dass die Politik noch vor einigen Jahrzehnten ein besseres Abbild der Gesellschaft war. Das hält er für wichtig, damit alle Schichten sich an politischen Entscheidungen beteiligen anstatt zu NichtwählerInnen zu werden oder sich PopulistInnen zuzuwenden, die ihnen offenbar am glaubwürdigsten versprechen, sich für ihre Interessen einzusetzen.

Für den Ökonomen und Kulturhistoriker Walter Ötsch ist es verständlich, dass sich so viele Menschen PopulistInnen zuwenden. Er sieht dafür lang- und mittelfristige Ursachen sowie kurzfristige Auslöser. Die langfristige Ursache sei die Transformation des Kapitalismus zum Finanzkapitalismus. Diese führe dazu, „dass die Angst vieler Menschen ganz langsam wächst, weil sie keine Zukunftschancen für sich oder ihre Kinder sehen und fürchten, in der Pension zu verarmen“. Mittelfristig habe die Krise 2008/09 einen Beitrag zum Erstarren des Populismus geleistet (siehe auch Interview S. 18–21). Dazu kommen kurzfristige Anlässe wie die Flüchtlingszuwanderung oder Terrorattentate. Ötsch: „Die Menschen, die Angst haben, fühlen sich von populistischen Politikern verstanden und denken: Endlich spricht einer mein Unbehagen an.“

Populismus vs. Demokratie

Der Begriff Populismus leitet sich vom Volk ab bzw. vom lateinischen „populus“. Wenn PolitikerInnen etwas tun oder sagen, was dem Volk zugute kommt, was

soll denn daran schlecht sein? Und warum ist die Demokratie, die sprachlich ebenfalls vom Volk kommt, gut? Kurz gesagt: weil der demokratische Volksbegriff etwas anderes meint als der populistische. Während in einer Demokratie alle StaatsbürgerInnen das Volk bilden, meinen PopulistInnen nur einen Teil der BürgerInnen, wenn sie vom Volk sprechen. Nicht nur das: Sie spielen diesen gegen einen anderen aus. „Das Volk“ oder „der kleine Mann“ steht auf einer, „die Elite“, „die EU“ oder „die MigrantInnen“ auf der anderen Seite. So erklärt sich auch manch populistische Äußerung, auf die Walter Ötsch verweist, wie etwa jene von AfD-Politiker Björn Höcke, der Sigmar Gabriel einen „Volksverderber“ nannte, oder jene von Alexander Gauland, der nach der Bundestagswahl sagte: „Wir werden uns unser Land und unser Volk zurückholen.“

Libérale Demokratie

Wie kommt es aber, dass sich gerade in einer Demokratie, welche die ganze Bevölkerung repräsentieren sollte, viele ausgeschlossen und benachteiligt fühlen? Eine Erklärung könnte sein, dass wir nicht in einer reinen Demokratie leben, wie die Historikerin und Politikwissenschaftlerin Karin Priester betont. Sie hat mehrere Bücher über Populismus geschrieben.

Ihr zufolge leben wir in einer liberalen Demokratie, einem Mischsystem zwischen Demokratie und Liberalismus. Diese führe zu einer „Art gefilterter politischer Landschaft“, sodass der Wille des Volkes nicht direkt zum Ausdruck

kommt, sondern durch die Parteien gefiltert wird. Priester: „Dagegen argumentieren Populisten: Das ist gar nicht nötig, wir sind mündige Bürger und müssen uns von den Parteien nicht sagen lassen, was wir denken und wie wir abstimmen sollen.“ Es gehe ihnen um das Prinzip der direkten Äußerung des politischen Willens. Daher auch die große Affinität von PopulistInnen zur direkten Demokratie, in der WählerInnen möglichst oft selbst entscheiden sollen.

Geht es nach David Van Reybrouck, ist Populismus nicht gleich Populismus. Einen „dunklen Populismus“ lehnt er ab. Dieser glaube zu wissen, „dass das Volk einen homogenen Block bilde, dass der Wille dieses Volkes einheitlich und geradlinig sei“ und „dieser Volkswille eigentlich im Zentrum der Macht stehen müsse“. In dieser Bedeutung sei Populismus „antidemokratisch und antiparlamentarisch“. Dunkler Populismus leugne das Wesen der Demokratie und die Existenz unterschiedlicher Interessen in einer Gesellschaft.

Van Reybrouck plädiert für einen „besseren“ Populismus und schlägt zwei Varianten vor: einen demokratischen und einen aufgeklärten Populismus. Angst vor Populismus sei unbegründet, „wenn er sich an die Prinzipien der Demokratie hält“, also etwa Gleichheitsgrundsatz, Menschenrechte, Gewaltenteilung und Rechtsstaat bedingungslos respektiere.

Unter aufgeklärtem Populismus versteht er einen „Populismus, der nicht schreit, sondern spricht“, der unter anderem die Nöte Geringqualifizierter nicht leugnet und die Bruchlinie zwischen Hoch- und Geringqualifizierten ernst nimmt. Vor allem sei ein gelassener Umgang mit Populismus nötig, „um legitime Beschwerden von aufgebauten Politikvorschlägen zu unterscheiden“.

Kampfbegriff Populismus

Karin Priester distanziert sich von einem „anderen Populismus“: „Man könnte auch sagen: Wir wollen eine neue Linke aufbauen oder eine linke Sozialdemokratie à la Jeremy Corbyn.“ Populismus beinhalte allerdings immer Nationalismus,

Warum wenden sich immer mehr Menschen populistischen Parteien zu? Für Walter Ötsch ist die langfristige Ursache die Transformation des Kapitalismus zum Finanzkapitalismus. Dazu kommen kurzfristige Anlässe wie die Flüchtlingszuwanderung oder Terrorattentate.



© animafiora / fotolia.com

und eine Linke sei, auch wenn sie Heimatliebe vertrete, nie nationalistisch. Eine Bewegung wie Syriza sei populistisch, weil sie einen „Befreiungsnationalismus“ der Kleinen gegen die Großen vertrete, in ihrem Fall Griechenland gegen die EU. „Das geht bis hin zu Nazi-Vergleichen, wo **Wolfgang Schäuble** in SS-Uniform und Angela Merkel mit Hitlerbart dargestellt werden.“ Das hält Priester für sehr problematisch, wenngleich der historische Hintergrund, die Besetzung Griechenlands durch Deutschland im Zweiten Weltkrieg, auch problematisch sei.

Linkspopulismus hält Priester für weit weniger gefährlich als Rechtspopulismus. Was Populismus aber sei: ein Kampfbegriff – so wie es in den 1960ern und 1970ern der Kommunismus war. „Populismus ist ein Kampfbegriff der im Moment noch **hegemonialen** Kräfte, die durchgängig liberal, für die EU, für den Weltmarkt sind. Wer nicht dafür ist, wird als Populist ausgegrenzt – ob der Begriff passt oder nicht.“ Schon in der Französischen Revolution hätten liberale Eliten gegenüber weniger gebildeten Schichten Misstrauen gehegt und ihnen „nachgesagt, sie seien irrational, rassistisch, sie könnten nicht den-

ken und so weiter, während die Gebildeteren zu rationalen Entscheidungen und abgewogenen Argumenten fähig seien. Das ist reine Ideologie.“

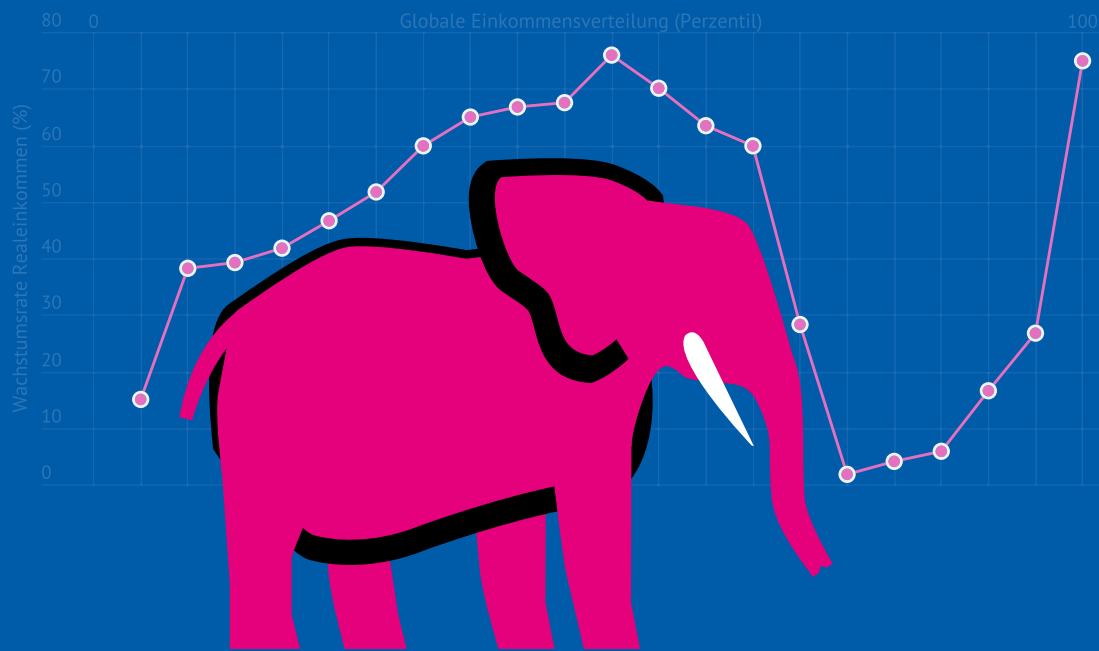
Das große Ganze

Auch Walter Ötsch hält Ansätze wie jenen von Peter Pilz für weniger gefährlich als Rechtspopulismus. Schließlich habe Pilz keine homogene Elite gegen ein homogenes Volk im Sinn. Stimmungen in der Bevölkerung anzusprechen sei, unabhängig vom politischen Standpunkt, legitim. Entscheidend sei jedoch, ob etwa die Menschenrechte als universell anerkannt werden oder etwa nur für „unsere“ Leute gelten. Die größte Gefahr liege in der Abwertung „der Anderen“ als nicht „echte Menschen“, denn das befördere Hass und Gewalt.

Buchtipps: „Populismus“ von Karin Priester: tinyurl.com/ydz4y8hz

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin alexandra.rotter@chello.at

oder die Redaktion aw@oegb.at



Der Elefant namens Ungleichheit

RechtspopulistInnen untergraben gezielt die ökonomische Sicherheit der „kleinen Leute“, für die sie angeblich kämpfen. Die Ungleichheit wird so noch größer.

Oliver Gruber

Politologe, Abteilung Bildungspolitik
der AK Wien

Miriam Rehm

Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik
der AK Wien und Lektorin an der WU

RechtspopulistInnen dies- und jenseits des Atlantiks präsentieren sich gerne als KämpferInnen gegen „die Eliten“ und für „unsere Leute“. Sie versprechen Politik für „den kleinen Mann bzw. die kleine Frau“, solange diese ihrem nationalistischen Bild von BürgerInnen und Gesellschaft entsprechen. Wegen gefühlter wie realer Ungleichheit und Abstiegsgefahr versammeln sich immer breitere Teile der Mittelschicht und der Einkommensschwächeren in ihrem Lager. Dabei steht die rechtspopulistische Rhetorik in massivem Widerspruch zu ihrem wirtschaftspoli-

tischen Ansatz. Dieser untergräbt gezielt die ökonomische und soziale Sicherheit just dieser Bevölkerungsgruppen und verschärft die Ungleichheit.

Die Elefanten-Kurve

Branko Milanović, ehemaliger Weltbank-Ökonom, ist mit der Hauptgrafik seines neuen Buches „Die ungleiche Welt“ ein medialer Coup gelungen: Was er selbst als „liegendes S“ beschreibt, ist inzwischen als „Elefanten-Kurve“ bekannt geworden.

Was die Elefanten-Kurve veranschaulicht, ist die deutliche Trennung in ökonomische GewinnerInnen der Globalisierung und jene, die davon nicht profitierten. Vereinfacht gesagt zeigt sie, dass zwischen 1988 und 2008 global gesehen die Einkommen wuchsen – und zwar vor allem für die Mittel- und Oberschicht in Asien, insbesondere China (der „Rücken“

des Elefanten). In noch stärkerem Ausmaß wuchsen sie für die kleine Gruppe der ganz Reichen in den Hocheinkommensländern, insbesondere in den USA, Europa und Japan (der „Rüssel“). In absoluten Zahlen gingen gar ganze 60 Prozent der gesamten Zuwächse an die weltweit einkommensstärksten 10 Prozent. Hingegen sahen sowohl die allerärmsten Einkommensgruppen der Welt, die vor allem in Afrika leben, aber auch die untere Mittelschicht im Westen nur sehr geringe Verbesserungen in ihrem materiellen Wohlstand.

Zwar verdient die Mittelschicht des Westens absolut gesehen weiterhin ein Vielfaches der Mitte im Rest der Welt (ihre schwachen Zuwächse gehen von einem relativ hohen Ausgangsniveau aus). Doch die Grafik bestätigt ein in Europa wie den USA derzeit grassierendes Gefühl: Die marktradikale wirtschaftliche Globali-

sierung hat zur Stagnation der hiesigen Mittelschichten geführt. Diese werden von Abstiegsängsten geplagt und wollen Veränderungen. Das zieht ähnliche politische Folgen dies- wie jenseits des Atlantiks nach sich: An beiden Ufern greift ein aggressiver Rechtspopulismus um sich.

Rechtspopulistische Rhetorik

In den USA baute Donald Trumps Kampagne gezielt auf dieser Stimmung der Stagnation und der Abstiegsangst auf. In klassisch populistischer Form – laut, aggressiv und überschriftsartig – bediente Trump seine frustrierte Wählerschaft. Diese empfindet sich als Verliererin einer Globalisierung, die sie vor allem als Abwanderung von Betrieben und als Zuwanderung von Arbeitskräftekonkurrenz wahrnimmt. Das macht sie empfänglich für zwei Hauptfeindbilder des Rechtspopulismus, die Trump gebetsmühlenartig wiederholte: „Wir da unten“ (orientiert an einer weißen, oft männlichen ArbeiterInnen- und Mittelklasse in den ehemaligen industriellen und ländlichen Hochburgen) gegen „die da oben“ (also eine politökonomische Elite, für die inzwischen „Washington“ oder „Brüssel“ und zunehmend auch „Wien“ als Synonym eines entkoppelten Politzentrums ausreicht), um uns vor „denen da draußen“ (Zuwanderer und Zuwanderinnen, gegen die eine Grenzmauer im Süden des Landes errichtet wird) zu schützen.

Europas RechtspopulistInnen haben diese Formel seit Jahrzehnten perfektioniert: Sie präsentieren sich als VerteidigerInnen der kleinen Leute, versprechen, von außen das „politische Establishment“ aufzubrechen, haben dabei stets einen radikalen Fokus auf den Primat des Nationalstaats und die systematische Ausgrenzung von MigrantInnen. Gepaart mit einem reaktionären Frauenbild hat ihnen diese Formel großen Zulauf und inzwischen auch Regierungsbeteiligungen in zahlreichen europäischen Demokratien beschert.

Auf beiden Seiten des Atlantiks liegen diesem Aufstieg ganz wesentlich Verteilungsfragen und – gefühlte wie reale – Ungleichheitsbedingungen zugrunde. Darüber legen RechtspopulistInnen Fragen von Kultur, Werten und Identität, die sich in Zeiten wirtschaftlicher Krisen besonders

stark reaktivieren lassen. Denn bei dieser gesellschaftspolitischen Konfliktlinie genießen sie die Themenführerschaft. Nicht umsonst wird ihnen im politikwissenschaftlichen „Chapel Hill Expert Survey“ große Einigkeit auf dieser Konfliktlinie attestiert: Sie bewegen sich allesamt im äußersten rechten Bereich (7,5–10 Punkte) der zehnstufigen Skala, die von extrem liberalen Positionen (0) bis zu extrem restriktiven Positionen (10) reicht.

Anders als in kulturellen Fragen sind Verteilung und Ungleichheit für die Rechten ein weit unsichereres Terrain. Entlang der ökonomischen Konfliktlinie sind rechtspopulistische europäische Parteien nämlich sehr viel breiter verteilt. Zwischen extrem keynesianischen Positionen (0) und extrem marktliberalen Positionen (10) bewegen sie sich in einem Spektrum von 2 bis 9,5 Punkten, nehmen also sehr unterschiedliche Positionen ein. Dabei zeigt sich ein markantes Ost-West-Gefälle. Osteuropäische und einige skandinavische RechtspopulistInnen werden in ihrer ökonomischen Haltung tendenziell eher links der Mitte eingestuft. Die RechtspopulistInnen Westeuropas bewegen sich dagegen deutlich im mittleren bis weit rechten – marktradikalen – Spektrum.

Marktradikale Wirtschaftspolitik (von Milanović „pro-rich policies“ genannt) lässt die Ungleichheit weiter ansteigen: In den USA rüttelt die Trump-Administration derzeit sogar an den letzten Säulen des ohnehin schwachen Sozialsystems. Die flächendeckende Krankenversicherung (Obamacare), das öffentliche Schulsystem und Sozialtransfers wie Essensmarken werden – wenn auch vorerst mit beschränktem Erfolg – angegriffen. Dieser Totalrückbau bedroht die Mittelschicht, deren Auffangnetz der Sozialstaat darstellt. Sie trifft aber vor allem bereits Einkommensschwächere, chronisch Kranke und andere verwundbare Gruppen (insbesondere Kinder) ins Mark.

Dagegen ist Trump ein Paradebeispiel für die oft betuchte Herkunft von RechtspopulistInnen: Sein Vermögen ist dynastischen Ursprungs, er selbst gehört dem reichsten ein Prozent der AmerikanerInnen an. Auch seine wenigen bisherigen politischen und personellen Entscheidungen stehen in krassem Widerspruch zur Wahlkampf-Rhetorik. Vergegenwärtigt man sich allein Trumps Kabinett der Mil-

liardärInnen, so gibt es wohl kaum ein extremeres Bild der Plutokratie, also der Herrschaft der Reichen.

Diese Schere klafft auch bei Westeuropas RechtspopulistInnen auseinander, wenn ihre FunktionärInnen oft aus der oberen Mittelschicht, aus UnternehmerInnen und GroßverdienerInnen bestehen. Dementsprechend höhnen sie oft in ihrer parlamentarischen und Regierungsarbeit wohlfahrtsstaatliche Errungenschaften systematisch aus. Die Einschränkung von Mindestsicherungen, Pensions- und Lohnkürzungspolitik bis hin zur Schwächung des ArbeitnehmerInnenschutzes und der Gewerkschaften untergraben die soziale Stellung der breiten Mittelschicht. Um diese Politik ihrer Wählerschaft dennoch schmackhaft zu machen, bedienen sich RechtspopulistInnen vor allem einer Strategie der Abgrenzung nach unten. Neben den korrupten Eliten nehmen sie zunehmend die „Sozialschmarotzer“ am unteren Ende ins Visier, umso mehr, wenn diese sich als „Fremde“ qualifizieren lassen. Einer ökonomisch verunsicherten Wählerschaft signalisieren sie: Euer Wohlstandsverlust geht auf deren Konto.

Solidarität statt Lockvogelpolitik

Angesichts dessen warnt Milanović: Der Interessenausgleich zwischen der breiten Mittelschicht und „den besitzenden Klassen“, der zur kurzen Phase des globalen Rückgangs an Ungleichheit zwischen 1950 und 1980 führte, droht endgültig aufgekündigt zu werden. Diese Tendenz wird durch den Rechtspopulismus verstärkt, mit potenziell gefährlichen Angriffen auf Minderheiten. Deshalb braucht es progressive Antworten auf die zunehmende Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen statt einer rückwärtsgewandten rechtspopulistischen Lockvogelpolitik, will man die gewaltsamen Konflikterfahrungen des vorigen Jahrhunderts nicht wiederholen.

The Economist:
tinyurl.com/ya4t282o

Schreiben Sie Ihre Meinung an die AutorInnen
oliver.gruber@akwien.at
miriam.rehm@akwien.at

oder die Redaktion
aw@oegb.at

Kein Geld mehr für unsere Leute?

*Das neue freiheitliche Wirtschaftsprogramm sieht massive Sozialkürzungen vor.
Was ist aus der „sozialen Heimatpartei“ geworden?*

John Evers

Erwachsenenbildner und Historiker

U nser Geld für unsere Leute“, „Sichere Pensionen statt Asylmillionen“, „Arbeitsstellen statt Zuwandererwellen“: So lauteten die FPÖ-Slogans über viele Jahre. Die Freiheitlichen haben ihr Image als „soziale Heimatpartei“ lange über eine zentrale Botschaft bestimmt, nämlich das „Nein zur Migration“. Durch totalen Zuwanderungsstopp, Rückführungsaktionen und umfassende Diskriminierung von Nicht-ÖsterreicherInnen im Sozialrecht würde demnach die Arbeitslosigkeit beseitigt und der Sozialstaat gesichert werden.

Nun räumt die FPÖ plötzlich ein, dass es „noch unklar ist, wie sich Flüchtlingsmigration auf den Arbeitsmarkt auswirken wird“. An anderer Stelle schreiben die Freiheitlichen in ihrem neuen Programm sogar davon, dass „gezielte und qualitative Zuwanderung“ auch zu den Voraussetzungen einer künftigen „Pole-Position“ Österreichs gehöre. Im Vordergrund stehen für die FPÖ die Stärkung von Eigentum, Vermögen und der Wettbewerbsfähigkeit. Geschehen soll das durch die Senkung von Unternehmenssteuern und Lohnnebenkosten. Lobende Töne – bzw. Plagiatsvorwürfe – gab es dafür umgehend von Teilen der ÖVP, aber auch aus den Reihen der Neos.

Neoliberales Angebot

Die Kernbotschaft der FPÖ 2017 lautet ganz unpatriotisch: Österreich ist „abgesandt“ und muss von der wirtschaftlichen Kriech- auf die Überholspur. Wirt-

schaftswachstum – und nicht mehr vorrangig Migrationsbekämpfung – ist hierbei das neue Zauberwort. Nur „Reformen“ des Steuer- und Sozialsystems können laut FPÖ dieses Wachstum befeuern. Alle sozialen Probleme wie Arbeitslosigkeit, stagnierende Reallöhne, selbst steigende Mieten und Armutsgefährdung lösen sich dabei magisch durch die „unsichtbare Hand“ eines entfesselten Marktes. Alternativ dazu drohe das Szenario eines „Alpen-Hellas“, also einer wirtschaftlichen und sozialen Lage wie in Griechenland.

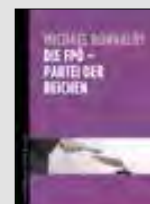
Im Zentrum des FPÖ-Angebots steht die massive „Verschlankung“ des Sozialstaates zugunsten von Steuer- und Abgabensenkungen. Das ist freilich genau jener Ansatz, der Griechenland in die soziale Katastrophe geführt hat. Weitere Schmankerln des Programms reichen von der Forderung nach Lockerung der Bankenregulierung über die volle steuerliche Absetzbarkeit von Geschäftsessen bis zu einem unbedingten Bekenntnis zum Gymnasium und gegen die Gesamtschule.

Demgegenüber beklagen die Freiheitlichen vor allem die Entwicklung der Sozialausgaben und sehen hier ein Sparpotenzial von „fast 20 Milliarden pro Jahr“ (!). Das ist das eigentliche Kernstück der FP-Reformvorschläge: Unmittelbar soll daher um 3,8 Milliarden Euro pro Jahr, plus eine Milliarde im Gesundheitswesen, gekürzt werden. Des Weiteren wendet sich die FPÖ mehr oder weniger direkt gegen Schutzbestimmungen für ArbeitnehmerInnen und den Einfluss ihrer Interessenvertretungen. Gleich zu Beginn wird das „schlechte“ Ranking des

BUCHTIPP

Michael Bonvalot:
**Die FPÖ –
Partei der Reichen**
Verlag Mandelbaum, 2017
ISBN: 978-385-476-672-8

Bestellung:
www.besserewelt.at



Landes in Bezug auf die mangelnde Flexibilität bei Anstellung und Kündigung bzw. bei der Lohnfestsetzung angeprangert. Für das Arbeitsinspektorat fordert man die „Reduktion der Kompetenzen“, für die AK die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft und die Halbierung der Kammerumlage. Als Quellen dieser Erkenntnisse werden übrigens u. a. Unternehmensberatungsagenturen, der IWF, die Industriellenvereinigung und die neoliberale Agenda Austria angegeben.

Zweierlei Ideologiestränge ...

Trotz dieser Verschiebung in der Akzentsetzung handelt es sich aber nicht um eine totale ideologische Kehrtwende der FPÖ. Im Wirtschaftsprogramm weiterhin enthalten ist die brachiale Forderung nach „Nullzuwanderung“ ins österreichische Sozialsystem. Die FPÖ beklagt populistisch ausschließlich die Belastungen, die durch das Asylwesen entstehen. Das ist mitnichten ein Widerspruch zu ihren neoliberalen Thesen. Erstens sind und waren beide Ideologiestränge – also marktradikale und extrem rechte Positionen – in der FPÖ stets gut verankert. Zweitens haben umgekehrt auch einige neoliberale „For-



© Herrgott Ricardo / Verlagsgruppe News / picturedesk.com

scher“ und Politiker keine Berührungsängste gegenüber rechten Inhalten und fordern seit Jahren die nationale Abschottung des Sozialstaates, um ihn angeblich zu retten.

Das Gesamtbild ist und bleibt hier freilich widersprüchlich. Bemerkenswerterweise wird nämlich beim „Kurier“-Faktencheck zum FPÖ-Wirtschaftsprogramm ausgerechnet die neoliberale Agenda Austria zitiert, die meint, dass bei Sozialleistungen für AusländerInnen „keine Ersparnisse in Milliardenhöhe zu holen sind“. Es liegt auf der Hand: Flotte Sprüche gegen Flüchtende und MigrantInnen sind die eine Sache. Wer aber die Steuer- und Abgabenquote wirklich massiv senken und nicht von oben nach unten umverteilen will, der muss massiv bei Pensionen, Gesundheit und allgemeinen sozialen Leistungen kürzen – laut FPÖ eben bis zu 20 Milliarden Euro pro Jahr. Darüber im Detail zu reden ist dann freilich zunächst doch (zu) unpopulär.

... zweierlei Populismus

In der populistischen Vermarktung neoliberaler Positionen wandelt die FPÖ ebenfalls nicht auf völlig neuen Spuren. Noch bevor die Haider-FPÖ MigrantInnen als zentrales Thema entdeckte, schrieb sie sich die Verteidigung der „Fleißigen und Tüchtigen“ auf die Fahnen. Niemand anders als Andreas Khol (ÖVP) beklagte deshalb damals, dass man die neokonservative Wende den Freiheitlichen überlassen habe. Die oft durchaus harmlos klingenden Schlagworte des von der Haider-FPÖ – zumindest für Österreich – erfundenen neoliberalen Populismus

finden sich auch im aktuellen FPÖ-Wirtschaftsprogramm wieder. Sie lauten etwa: „Sinnlose Vorschriften“, „überbordende Bürokratisierung“, „Streichung von Steuern“ oder „branchentaugliches Arbeitszeitrecht“.

Dass sich der neoliberale Populismus hier in Bezug auf die Tonlage bzw. Griffigkeit, aber auch die Konkretheit der angegriffenen Gruppen unterscheidet, ist unmittelbar mit den Stimmungslagen in der Gesellschaft verknüpft. Bereits vor Jahren hat eine Studie europaweit erhoben, dass das Verständnis, welche Sozialleistungen wem zustehen, sehr unterschiedlich ausgeprägt ist: SeniorInnen stehen an der Spitze, gefolgt von kranken bzw. behinderten Menschen, danach – mit deutlichem Abstand – Arbeitslose und am Schluss MigrantInnen. Es ist also zu erwarten, dass bei Bedarf weiter Parolen gegen Flüchtende oder den Islam aus dem Köcher gezogen werden, wenn es in Wirklichkeit um bzw. gegen das gesamte Pensions- oder Gesundheitssystem geht. Die Hetze gegen die Mindestsicherung ist dafür ein Beispiel. Ausgetragen wurde sie zwar über das Thema Flucht und Migration. Im Resultat kam es in einigen Bundesländern – wie Niederösterreich – sehr wohl zu allgemeinen Kürzungen.

Möglichkeiten für Gegenstrategien deutete demgegenüber bereits vor einiger Zeit ausgerechnet die konservative „Presse“ an. Sie erwähnte hier den Ökonomen David Rueda, der darauf hinweist, dass der Wunsch nach Umverteilung in Zeiten starker Zuwanderung zwar abnehmen kann. Die Abnahme der Solidarität fällt aber bei Vermögenden wesentlich dramatischer aus als bei Menschen mit

niedrigen Einkommen und damit auch bei der Mehrheit der Bevölkerung. ÖGB und AK haben somit durchaus die Möglichkeit, den beiden (!) genannten Populismen entgegenzuwirken.

Mehrheit für Vermögenssteuern

So zeigt z. B. das Sozialbarometer der Volkshilfe nicht nur, dass eine überwiegende Mehrheit von 83 Prozent der Meinung ist, dass es gerade in der Verantwortung des Staates liegt, die Kluft zwischen Arm und Reich zu reduzieren.

Ebenso spricht sich laut Volkshilfe weiter eine deutliche Mehrheit für die Einführung von Vermögenssteuern aus. Diese klare Stimmungslage in der Bevölkerung widerspricht wiederum diametral dem FPÖ-Programm. Hier wendet sich die „soziale Heimatpartei“ nämlich explizit gegen die Erbschaftssteuer, Schenkungssteuer und Vermögenssteuer, als „Klassenkampf-Wünsche“, von denen man nichts halte.

„Kurier“-Faktencheck:
tinyurl.com/ydxoasbp

„Die Presse“: „Unser Geld für unsere Leute?“:
tinyurl.com/ya22fdra

Sozialbarometer der Volkshilfe:
tinyurl.com/yagpasvn

Nachlese:
 Etappensieg gegen neoliberales Dauerfeuer:
tinyurl.com/yb5n7nll

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
john.evers@vhs.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Fortschreitende Normalisierung

Arbeit&Wirtschaft: *Sie forschen seit vielen Jahren zum Thema Populismus. Haben Sie den Eindruck, dass das Adjektiv „populistisch“ heute im politischen Diskurs überstrapaziert wird?*

Ruth Wodak: Ja, diesen Eindruck habe ich tatsächlich. Das Adjektiv „populistisch“ wird heutzutage völlig inflationär und oft auch als Schimpfwort verwendet, was meines Erachtens völlig falsch ist.

Im Prinzip verwendet jeder Politiker und jede Politikerin notwendigerweise einige populistische Strategien. Jede Politikerin und jeder Politiker spricht ein „Wir“ an, stellt sich positiv und die anderen negativ dar. Alle PolitikerInnen versuchen zu vereinnahmen und die jeweils bestimmte Gruppe anzusprechen. Daher reichen diese Elemente noch nicht aus, um Rechts- bzw. Linkspopulisten zu definieren.

Wie würden Sie Populismus definieren?

Es gibt sehr viele unterschiedliche Definitionen und Begriffe, die in der Wissenschaft momentan verwendet werden. Wichtig scheint mir, dass Populismus – und das gilt sowohl für Rechts- als auch Linkspopulismus – nicht als bloßer politischer Stil oder bloße Rhetorik definiert werden kann. Ganz im Gegenteil, bei Populismus handelt es sich immer um Ideologien, die eben – je nach AnsprechpartnerInnen, Öffentlichkeit und Funktion – unterschiedlich sprachlich realisiert werden.

Ist es demnach überhaupt angebracht, von einer „Sprache des Populismus“ zu reden?

Ich denke nicht, dass es eine „Sprache des Populismus“ gibt. Populismus ist in erster Linie immer eine Verbindung von Inhalt und Form, kann daher nicht unabhängig vom Inhalt analysiert werden. Was

hingegen analysierbar ist, sind die Versuche von populistischen PolitikerInnen, ihre Inhalte möglichst überzeugend an „den Mann“ oder „die Frau“ zu bringen. Dabei ist die **Dichotomisierung** der Gesellschaft in zwei scheinbar homogene Gruppen wichtig: „wir“ und „die anderen“. „Die anderen“ gibt es sowohl innerhalb als auch außerhalb der Gesellschaft.

Was ist nun das Spezifikum von Rechtspopulismus?

Rechtspopulismus vertritt einen exklusiven, ausgrenzenden Nationalismus, der bei manchen rechtspopulistischen Parteien auch an eine Blut-und-Boden-Ideologie anstreift: Es geht um die vermeintlich „echten“ Finnen, Briten, Ungarn, Österreicher. Gleichzeitig wird vehement eine Abgrenzung gegenüber den sogenannten Privilegierten, dem Establishment, den Eliten gepflogen. Diese werden je nach nationalem Kontext völlig willkürlich definiert. Und außerdem grenzt man sich gegen Fremde ab, also „Anderer“, die von außen quasi in das Territorium eindringen wollen, also MigrantInnen, Flüchtlinge usw.

Demnach geht es bei RechtspopulistInnen gar nicht um soziale Schichten oder Klassen?

Richtig, es geht vielmehr um Werte sowie um eine Identitäts- und Symbolpolitik, die zur Gruppendifinition sowie zur Herstellung und Vertiefung kultureller Gräben und Spaltungen herangezogen werden. RechtspopulistInnen befürworten überdies einen autoritären Staat mit strafenden Rechts- und Ordnungspolitiken und treten meist für eine konservative Familien- und Genderpolitik ein.

Vorrangig geht es ihnen um die Bewahrung des Alten. Ein gewisser nostalgischer Faktor ist nicht zu leugnen. Ihr traditionelles Familienverständnis erscheint mitunter widersprüchlich, weil sie ja gleichzeitig gesellschaftliche Verän-

derung anstreben. Die Veränderung, die sie meinen und fordern, ist oft rückwärtsgewandt. Ein gutes Beispiel hierfür ist der Slogan von Donald Trump: „Make America great again.“ Man muss aber auch feststellen, dass nicht alle rechtspopulistischen Parteien die gleichen Ideologien und Werte besitzen. Beispielsweise ist die Gender-Politik bei skandinavischen rechtspopulistischen Parteien sicher anders – progressiver – als etwa bei der FPÖ, Fidesz, den US-amerikanischen Tea Parties oder der polnischen PiS.

Und beim Linkspopulismus?

Im Gegensatz zum Rechtspopulismus pflegt der Linkspopulismus einen inklusiven Nationalismus. Er ist eher den traditionellen Gruppierungen in der Gesellschaft verhaftet. LinkspopulistInnen geht es also durchaus auch um soziale Schichten oder Klassen. Ein gutes Beispiel für Linkspopulismus war der Slogan der TeilnehmerInnen der „Occupy Wall Street“-Bewegung 2012 und 2013. Er lautete: „Wir sind die 99 Prozent.“ Occupy benutzte das Etikett „das eine Prozent“ als Bezeichnung jenes einen Prozents der AmerikanerInnen, die als die reichsten BürgerInnen betrachtet und für eine enorme Ungleichheit verantwortlich gemacht werden. Deshalb konnten sich an der Occupy-Bewegung alle, die diese Ansicht teilten, beteiligen. Sie mussten nicht einem bestimmten „Volk“ oder einer bestimmten Religion angehören.

Was ist die Gemeinsamkeit von PopulistInnen?

Sowohl Links- als auch RechtspopulistInnen argumentieren, dass Politik ein Ausdruck des „Volkswillens“ sein soll. Damit befürworten beide eine Schwächung der repräsentativen Demokratie. Die Gefahr für die repräsentativ-parlamentarische Demokratie wird beim Rechtspopulismus dadurch verstärkt, dass sich dort vermehrt

*Sprachwissenschaftlerin
Ruth Wodak über Populismus
in Europa, die rechtspopulistische
Politik der Angst und deren
Methoden.*

Interview: Lena Karasz | Fotos: Michael Mazohl

Die Sprachwissenschaftlerin Ruth Wodak ist „Emerita Distinguished Professor for Discourse Studies“ an der Lancaster University, UK. Außerdem leitet sie ein vom FWF gefördertes, dreijähriges Forschungsprojekt „Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität – 2015“ am Institut für Sprachwissenschaft an der Universität Wien. In ihrem neuesten Buch „Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse“ untersucht sie, wie der europäische Rechtspopulismus im Zentrum der Gesellschaft ankommen konnte. Es ist Wissenschaftsbuch des Jahres 2017.

Ruth Wodak wurde 1950 in London geboren. Die Diplomatentochter wuchs in Belgrad und Wien auf. Ende der 1960er-Jahre begann sie ihr Studium an der Universität Wien, wo sie 1974 promovierte und 1980 habilitierte. Im Jahr 1991 wurde sie als ordentliche Professorin für Angewandte Sprachwissenschaft an die Universität Wien berufen. Sie wurde mit einer Vielzahl von Preisen ausgezeichnet, im Jahr 2011 wurde ihr das Große Silberne Ehrenkreuz für Verdienste um die Republik Österreich verliehen. Sie hatte zahlreiche Gastprofessuren inne, darunter an den US-Universitäten Stanford und Georgetown.

Sie ist Mitbegründerin der kritischen Diskursanalyse, die sich mit dem Verhältnis von Sprache und Macht beschäftigt. Die Forschungsschwerpunkte der deklarierten Feministin reichen von der Identitätspolitik über Vorurteile und Diskriminierungen bis hin zum Rechtspopulismus.

autoritäre Tendenzen zeigen, wie etwa Versuche, das unabhängige Justizsystem zu unterminieren oder die Pressefreiheit zu untergraben. Das sieht man aktuell in den politischen Entwicklungen in Ungarn und in Polen.

Manche vertreten die Auffassung, dass dem Linkspopulismus eine Bedeutung als normatives Korrektiv zukommt. Wie sehen Sie das?

Ich denke, dass man das immer nur im Einzelfall beurteilen kann. Die griechische Syriza-Partei hatte anfänglich einen solchen Effekt. Sie ist aus einer linkspopulistischen Bewegung entstanden, hat sich aber, wie jüngste Forschungen erweisen, zu einer eher traditionell sozialdemokratischen Partei entwickelt.

Seit wann gibt es eigentlich populistische Politik?

Der Beginn des Populismus als Bewegung und Ideologie liegt im 19. Jahrhundert in den USA als eine Form von Protest gegen die Übermacht spezifischer privilegierter Eliten. Die Gegner waren Wirtschaftseliten wie die „Trusts“ in den USA, gesellschaftliche Eliten oder aber gewählte Vertreter, die sich angeblich nicht genug für die „Interessen des Volkes“ interessierten. Bereits damals lag die intellektuelle und analytische Schwäche der populistischen Politik in der **inhärent** vorherrschenden Annahme, dass solch ein homogenes Volk existiere. Wer zum Volk gehört und wer davon auszuschließen ist, betrifft nicht soziale oder kulturelle Entwicklungen, sondern ist vielmehr ein Dogma, das soziale Differenzierung, Unterscheidungen und Fragmentierungen ignoriert, das also diese Parteien selbst völlig willkürlich definieren.

Populismus war übrigens auch in den südamerikanischen Nationalstaaten recht einflussreich. So trat zum Beispiel in Argentinien in den 1940er-Jahren eine lokale Variante des faschistischen Populismus auf, der als „Peronismus“ bezeichnet wurde, benannt nach ihrem Führer Juan Perón. Seine Wurzeln liegen in der intellektuellen faschistischen Bewegung der 1920er- und 1930er-Jahre, die die Demokratie in Argentinien unterminierte.



Was erklärt den derzeit rasanten Aufstieg von rechtspopulistischen Parteien in Europa? Welche Faktoren begünstigen deren Erfolg?

Das kann auf viele Faktoren zurückgeführt werden. Zusammenfassend kann man festhalten, dass wichtige Probleme von den regierenden Parteien nicht oder nicht adäquat behandelt werden. Vielmehr werden die Eliten als „alle gleich“ wahrgenommen. Hinzu kommt, dass populistische AkteurInnen medial attraktiv erscheinen, sie sprechen den „gesunden Menschenverstand“ an und geben sich „authentisch“, arbeiten viel mit Symbolen und Gefühlen. Durch Sündenbock-Konstruktionen mobilisieren sie Bedrohungsszenarien und ziehen damit vermehrt die Aufmerksamkeit auf sich. Ihre WählerInnen sind aber keineswegs nur die sogenannten Modernisierungsverlierer, sondern auch jene, die – diffuse – Ängste vor einem sozialen Abstieg plagen. Rechtspopulisten sprechen im Grunde genommen alle sozialen Schichten an, es geht eben um Werte, Ideologien und Einstellungen und nicht um traditionelle gesellschaftliche Fragmentierungen.

Sie haben ein Buch unter dem Titel „Politik der Angst“ veröffentlicht. Wie funktioniert dieses Muster?

Das Buch handelt vor allem von den Merkmalen rechtspopulistischer Parteien, ihren Ideologien, ihrer jeweiligen nationalen Entstehungsgeschichte und ihren Wurzeln, ihren typischen Argumen-

ten, ihrer Performance und ihrer medialen Agenda. Alle rechtspopulistischen Parteien instrumentalisieren eine Art von ethnischer, religiöser, sprachlicher oder politischer Minderheit als Sündenbock für die meisten – wenn nicht alle – aktuellen Sorgen. Sie stellen die jeweilige Gruppe als gefährlich dar und als Bedrohung „für uns“, für „unsere“ Nation“. Dieses Phänomen manifestiert sich als Politik mit der Angst.

In einem nächsten Schritt verbreiten diese Parteien dann Hoffnung, indem sie versprechen, den willkürlich heggestellten Sündenbock in irgendeiner Form zu entfernen bzw. ruhigzustellen. Damit konstruieren sie sich in einem weiteren Schritt als Retter der Nation, das heißt als jene, die das Land und das Volk verteidigen und schützen. Der **Topos** des Retters bezieht sich auf ein einfaches Argumentationsschema wie etwa: „Wenn wegen X Gefahr zu erwarten ist und A uns früher schon gerettet hat, dann wird A uns auch diesmal wieder retten können.“

Welche Rolle spielt nun die Angst?

Alle PolitikerInnen müssen sich mit den Ängsten beschäftigen, die an sie herangetragen werden. Die Frage ist nur, ob man dafür differenzierte Lösungen anbietet und somit auch einen Beitrag dazu leistet, positive **Narrative** zu entwickeln, oder aber, ob man die vorhandenen Ängste verstärkt.

RechtspopulistInnen unterscheiden sich von anderen PolitikerInnen also nicht dadurch, dass sie überhaupt Ängste

Die Einteilung der Welt in Gut und Böse, die Opfer-Täter-Umkehr, kalkulierte Ambivalenz und Provokation, Aggressivität und Falschinformationen: So charakterisiert Ruth Wodak die Strategien der FPÖ seit Jörg Haider.

wahrnehmen oder ansprechen, sondern in erster Linie dadurch, dass sie systematisch mit den Ängsten der Menschen arbeiten. Es geht hier um das Gesamtmuster. Sie verstärken die Ängste, indem sie diese betonen und reproduzieren. Verschwörungen sind notwendiger Bestandteil der diskursiven Konstruktion von Angst. Genutzt werden dabei häufig traditionelle antisemitische und antielitäre Vorstellungen, die zum Teil bis ins Apokalyptische ausgedehnt werden.

In Europa gewinnen rechtspopulistische Parteien immer mehr an Einfluss. Stehen alle diese Parteien Ihrer Meinung nach auch auf einem gemeinsamen Fundament?

Es gibt – zusammenfassend gesehen – vier Dimensionen, die fast alle rechtspopulistischen Parteien in je eigener Kombination gemeinsam haben:

Erstens: Sie beziehen sich auf ein homogenes Volk, das beliebig und nach **nativistischen** Kriterien definiert wird. Damit in Zusammenhang legen sie Wert auf ein Kernland oder eine Heimat, die vor gefährlichen Eindringlingen geschützt werden muss. Auf diese Weise werden Bedrohungsszenarien aufgebaut.

Zweitens zeichnen sie sich durch eine Anti-Establishment- sowie Anti-Intellektualismus-Haltung aus. Sie selbst appellieren an den sogenannten gesunden Verstand, berufen sich auf einfache Erklärungen und Common-Sense-Lösungen.

Drittens treten sie für Autoritarismus und eine Law-and-Order-Politik

ein. Verehrt wird ein Retter bzw. ein charismatischer Führer, der zwischen den Rollen von Robin Hood, also dem Beschützer des Sozialstaats, und strengem Vater oszilliert.

Viertens unterstützen sie ein traditionelles, christlich(-fundamental)es und/oder konservativ-reaktionäres Weltbild. Dieser Konservatismus geht oft auch mit einem **Geschichtsrevisionismus** einher: Der Schutz des Vaterlandes oder der Heimat impliziert den Glauben an ein gemeinsames Narrativ der Vergangenheit, in der „wir“ entweder Helden oder Opfer des Bösen waren.

Gibt es Beispiele für die unterschiedliche Ausprägung dieser Dimensionen unter den rechtspopulistischen Parteien?

Ich würde sagen, dass bei den RechtspopulistInnen in Österreich, Ungarn, Italien, Rumänien und Frankreich die geschichtsrevisionistische Komponente betont wird. Besonders deutlich sieht man das gerade an der AfD. Sie gewinnt Anhänger, indem sie ein ambivalentes Verhältnis zur deutschen Nazi-Vergangenheit zur Schau stellt.

In Griechenland, der Schweiz und Großbritannien hingegen beschränken die rechtspopulistischen Parteien ihre Propaganda häufig auf eine angebliche Gefahr für die nationale Identität durch ethnische Minderheiten und MigrantInnen. Andere konzentrieren sich vor allem auf eine angebliche Bedrohung durch den Islam. Das sehen wir deutlich in Holland, Dänemark, Polen, Deutschland, Österreich und Schweden. In den USA unterstützen rechtspopulistische Kräfte hingegen vor allem ein christlich(-fundamental)es, konservativ-reaktionäres und weißes Weltbild.

Diese Dimensionen spiegeln sich jedenfalls in den Inhalten der FPÖ wider. Durch welche diskursiven Strategien werden diese propagiert?

Im Prinzip realisiert die FPÖ seit Haider's Aufstieg nach 1989 ihre Inhalte durch dieselben diskursiven Strategien und sprachlichen Mittel. Sie bedient sich einer Rhetorik, die die Welt in Gut und Böse, in „wir“ und „sie“ teilt, indem sie einfache Dichotomien konstruiert. Zu einer solchen dichotomen Weltansicht ge-

hören die Opfer-Täter-Umkehr – zum Beispiel Strache: „Wir sind die neuen Juden“ – und die Sündenbock-Strategie durch Schuldabschiebung.

Von großer Bedeutung sind auch die Strategien der kalkulierten Ambivalenz und der Provokation. Sie eignen sich für aggressive Kampagnen ebenso wie dafür, die Agenda der Medien zu bestimmen. Der aggressive Kampagnen-Habitus schließt auch die Verwendung von **Ad-hominem-Argumenten**, also persönlichen Beleidigungen, mit ein. Dazu kommen häufige Strohmänn-Trugschlüsse, also gezielte Falschinformationen, gegen die man sich dann wehren kann, oder vorschnelle Generalisierungen wie „alle X sind ...“. Unter Rechtfertigungsdruck kommen ambivalente, verharmlosende und unaufrichtige Entschuldigungen vor. Die FPÖ verbreitet aber auch, wie während der Flüchtlingssituation 2015 mehrfach vom ORF aufgedeckt, Lügen und Gerüchte, um „die Anderen“ zu denunzieren und zu dämonisieren – ganz nach dem Motto: „Anything goes!“

Inwieweit beeinflusst die FPÖ den politischen Diskurs in Österreich?

Zu beobachten ist momentan eine fortschreitende Normalisierung vieler FPÖ-Inhalte, oft in etwas weicherer Form. Die ÖVP Neu hat beispielsweise fast sämtliche Inhalte betreffend Migration und Flüchtlingspolitik übernommen. Solche Normalisierung war aber schon in der Ära Haider der Fall. Damals hat die Große Koalition, wenngleich mit etwas zeitlichem Abstand, viele Forderungen von Haider's „Österreich zuerst“-Volksbegehrens von 1992/93 in der Fremden-gesetzgebung langsam umgesetzt. Ich denke, der Einfluss der FPÖ auf die regierenden Parteien in Österreich wird insgesamt eher unterschätzt. Viele hoffen, durch ein Rechtsüberholen rechtspopulistischer Parteien ihre Zustimmung maximieren zu können. Dies ist aber, wie die letzten 30 Jahre zeigen, nicht der Fall.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
lana.karaszk@akwien.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Im „profil“-Interview zu seinem Amtsantritt ortete Christian Kern Defizite der SPÖ bei der Jugend. Doch auch der jüngste Wahlkampf war eher am Gros der Bevölkerung, den Älteren orientiert.



Mitgemeint ist zu wenig

Junge Menschen fühlen sich im Wahlkampf nur selten angesprochen. Wer sich nicht repräsentiert fühlt, pfeift auf Politik oder tendiert zu populistischen Gruppierungen.

Astrid Fadler
Freie Journalistin

Mit 63 Prozent lag die Wahlbeteiligung der 16- und 17-Jährigen bei der Nationalratswahl 2013 deutlich unter dem allgemeinen Durchschnitt von 80 Prozent. Noch geringer war das Interesse bei den älteren ErstwählerInnen (59 Prozent). Die FPÖ kam bei jungen Männern besonders gut an, ein Drittel der unter Dreißigjährigen stimmte für die Blauen. Bei den jungen Frauen waren es 16 Prozent. Keineswegs ein singuläres Phänomen, auch bei der Bundespräsidentenwahl stimmten junge Männer mehrheitlich für Norbert Hofer.

Im Trend

Österreich liegt diesbezüglich im Trend: Gleich in mehreren Ländern Europas er-

zielen populistische Parteien bei jungen WählerInnen Erfolge. Junge Menschen interessieren sich immer weniger für Mainstream-Politik und wenden sich vermehrt PopulistInnen zu, wie etwa Politologe **Tamás Boros** in einem „Zeit“-Interview im März 2017 erklärte. In der Slowakei, Polen, Ungarn und Österreich profitieren davon die RechtspopulistInnen, in Spanien hingegen die linkspopulistische Protestpartei Podemos.

Sascha Ernszt, Bundesvorsitzender der Gewerkschaftsjugend (ÖGJ), findet es nicht gerecht, dass Jugend und Populismus so häufig in einem Atemzug genannt werden: „Dieser Trend lässt sich allgemein beobachten, nicht nur bei jungen Menschen. Und was den Stil der politischen Argumentation betrifft, der hat sich im Laufe der Zeit eben verändert. Auch ich lerne in Rhetorikseminaren Dinge und Zusammenhänge kurz und

knapp zu erklären. Das ist für alle Altersschichten relevant.“

Schwarz und Weiß

Emotionalisierend, polarisierend und vereinfachend – das trifft bei PopulistInnen sowohl auf die Rhetorik zu als auch auf die Inhalte: Schwarz und Weiß, Gut und Böse, „Wir, das Volk“, gegen „die da oben“ etc. Rechtspopulismus ist außerdem gekennzeichnet durch Islamfeindlichkeit, Abgrenzung nach außen, auch gegen die EU sowie durch Forderungen nach einer Law-and-Order-Politik.

Die für PopulistInnen typische Entweder-oder-Haltung kann für junge Menschen, die mit Pragmatismus vielleicht nichts anfangen können, die Ideale haben und ungeduldig sind, durchaus attraktiv sein. Für die sogenannten Sachzwänge, die unter anderem dazu führen

können, dass Parteien im Parlament irgendwann entgegen ihren Wahlversprechen und -forderungen abstimmen, haben junge Menschen noch weniger Verständnis als ältere.

Historisch oder selbst erlebt?

Auch Menschenkenntnis und Lebenserfahrung sind naturgemäß eher bei Personen jenseits der 30 zu erwarten. Sascha Ernszt erinnert sich in diesem Zusammenhang an ein Gespräch mit Lehrlingen: „Als die schwarz-blaue Regierung erwähnt wurde, kam dazu von einem Lehrling der Kommentar: ‚Damals war ich doch noch nicht einmal im Kindergarten.‘ Junge Menschen haben eben auch in politischer Hinsicht noch wenig eigene Erinnerungen und kennen vieles nur aus dem Schulunterricht oder von elterlichen Erzählungen. Das sollten PolitikerInnen vielleicht öfter bedenken.“ Überhaupt wären persönliche Gespräche enorm wichtig. „Junge Leute haben ein offenes Ohr und freuen sich über die Gelegenheit zum direkten Austausch.“

Und wie wichtig sind **Snapchat**, Facebook & Co.? „Hier haben wir durchaus noch Verbesserungs- beziehungsweise Nachholbedarf, denn Jugendliche finden etwa die YouTube-Videos der FPÖ cool“, so Ernszt. „Dabei gilt es aber auch immer zu bedenken, dass die Lebenswelten von Studierenden und Lehrlingen doch sehr unterschiedlich sind.“

Wie cool und jugendlich muss ein/e PolitikerIn überhaupt sein, um bei Menschen unter 30 anzukommen? „Jugendlichkeit des Kandidaten oder der Kandidatin ist durchaus etwas, womit Parteien bei jungen Wählern und Wählerinnen punkten“, weiß Beate Großegger, wissenschaftliche Leiterin des Instituts für Jugendkulturforschung. „Allerdings liegt das nicht daran, dass die Jungen sich dadurch mit ihren Anliegen besser repräsentiert fühlen. Entscheidend ist eher, dass das jugendliche Image dem politischen Establishment etwas entgegengesetzt, denn dieses gilt bei jungen Menschen als langweilig, alt und von den Lebensrealitäten des Alltagsmenschen abgehoben. Jugendliche KandidatInnen repräsentieren zumindest rein äußerlich die Antithese zu ‚Politik als Kultur der alten Männer‘.“

Im „profil“-Interview zu seinem Amtsantritt ortete Christian Kern Defizite der SPÖ bei der Jugend. Doch auch der jüngste Wahlkampf war eher am Gros der Bevölkerung, den Älteren orientiert. „Die Pensionen“ etwa sind zweifellos ein generationenübergreifendes Thema. Tatsächlich geht es aber in Diskussionen und Wahlkampfauftritten meist um die Rechte all jener, die bereits in Pension sind, oder um Verbesserungen für Beschäftigte jenseits der 40. Nur selten wird ernsthaft und ausführlich über Pensionen mit Blick auf junge Menschen geredet, die sich auch ein gutes Leben im Alter wünschen.

Auch die Sozialwissenschaftlerin Großegger sieht hier einen Generation Gap: „Die Vorstellungen, was für eine lebenswerte Zukunft wichtig ist, sind unterschiedlich: Die Top-3-Maßnahmen für **Millennials** wären bessere Jobchancen nicht nur für Bildungsschwache, sondern auch für Menschen mit höheren Qualifikationen, zweitens die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und drittens eine nachhaltige Pensionsreform. Die Top-3-Maßnahmen für 55- bis 65-Jährige sind hingegen die Senkung der Steuerbelastung sowie höhere Steuern für Reiche, vor allem aber bessere Jobchancen für Nicht-AkademikerInnen. Ältere gehen nach wie vor davon aus, dass ein hoher formaler Bildungsabschluss Garant für einen guten, also gut bezahlten und sicheren Arbeitsplatz ist.“

Informationsflut

Vieles hat sich verändert in den vergangenen Jahren: Zahlreiche TV-Sender, Gratiszeitungen, das Internet, Online-Plattformen und Messenger-Dienste überschwemmen Jung und Alt mit Inhalten. Junge Menschen mögen daran eher gewöhnt sein, das bedeutet aber nicht automatisch, dass sie die Informationsflut auch tatsächlich bewältigen können. Individualismus wird großgeschrieben, und so wird die Politik immer mehr als Service für die BürgerInnen verstanden. „Politik soll Rahmenbedingungen schaffen, um die Menschen in ihrem persönlichen Lebensvollzug zu unterstützen“, so Beate Großegger: „Nicht nur für junge Menschen, sondern allgemein geht es immer weniger um weltanschauliche

Grundsatzfragen, sondern vor allem um für den persönlichen Lebensvollzug relevante Sachpolitik.“ Und es geht auch um die viel zitierten Sorgen und Ängste: „Hier ist es der FPÖ sehr gut gelungen, junge Menschen, die sich von gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen bedroht und um persönliche Lebenschancen betrogen fühlen, anzusprechen. Die jungen Leute stammen in der Regel nicht aus den Bildungsschichten, sondern aus weniger privilegierten Milieus, wo sich heute Statuspanik und Abstiegsängste breitmachen und wo das Gefühl vorherrscht, dass sich die politischen Eliten um die Sorgen der sogenannten kleinen Leute nicht kümmern.“

Gezielt miteinbeziehen

Und die Jugendorganisationen? Es ist kompliziert, selbst wenn es nicht gleich in totale Trennung ausartet wie bei den Grünen. Besonders vor Wahlen spitzt sich die Situation oft zu. Denn einerseits vertreten Jugendorganisationen durchaus auch andere Positionen als die Mutterpartei. So hat etwa die Sozialistische Jugend noch im Frühling mit Sprüchen wie „Christian, Vorsitzender welcher Partei bist du eigentlich?“ demonstriert und Kanzler Kerns „Plan A“ kritisiert. Andererseits will man vor Wahlen der gemeinsamen Sache (und mitunter auch der eigenen Kandidatur) ja nicht durch allzu freche Sprüche schaden und wiederholt daher hauptsächlich die Themen der Mutterpartei. Aber das gezielte Miteinbeziehen der Anliegen junger Menschen sollte doch möglich sein, und wenn es sich nur auf die Frage beschränkt: „Mit welchen Ideen möchten wir junge WählerInnen erreichen?“

Studie „Wählen mit 16 bei der Nationalratswahl 2013“:

tinyurl.com/ybto8til

Wahlbeteiligung bei Wahlen in Österreich:

www.wahlbeteiligung.at

ErstwählerInnen und die Nationalratswahl 2017:

tinyurl.com/ya8pqh2

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin

afadler@aon.at

oder die Redaktion

aw@oegb.at

Das 1, 2, 3 Populismus

anständig, ehrlich, brav, fleißig,
arbeitsam, charakternvoll, edel, gut,
mutig, glaubwürdig,
unbestechlich

Die Guten

Die Wahren

Die Aufrechten

Die Opfer

WIR

1.

„Das Volk“, vertreten durch
die PopulistInnen



2.
D
„gere
Kan

„Die Anderen“ s
für

Wir müssen
Anderen“

Wir haben
uns gegen „die An

2, 3 des ismus



*sind eine Gefahr
uns!*

*uns vor „den
fürchten!*

*das Recht,
deren“ zu wehren!*

unmoralisch, verlogen, faul,
gewissenlos, böse, schlecht, feig



**DIE
ANDEREN**

Die Bösen

Die Falschen

Die Lügner

Die Täter

Feindbilder

Die da oben

Die Elite, Politiker, Hautevolee,
Ostküste, Lügenpresse ...

Die da draußen

Asylanten, Wirtschaftsflüchtlinge,
Zuwanderer ins Sozialsystem ...

Die da unten

Sozialschmarotzer,
Arbeitsunwillige ...

Aus der moralischen Entrüstung gehen

Warum braucht es gerade jetzt Ihr Buch „Populismus für Anfänger“, also ein Buch für Leute, die sich mit dem Thema noch wenig auseinandergesetzt haben?

Walter Ötsch: Das Buch, das ich mit Nina Horaczek geschrieben habe, ist ein Versuch, Aufklärung zu schaffen. Wir haben einen phänomenologischen Ansatz gewählt: Was geschieht beim Sehen, Hören und Denken? Wir gehen von der These aus, dass Sehen, Hören und Denken auf „inneren Bildern“ beruht. Beim Populismus geht es um ein Bild der Gesellschaft. Sie wird als zweigeteilt gedacht: Es gibt die als homogen wahrgenommene Gruppe „Wir“ auf der einen und die ebenso homogen empfundene Gruppe der „Anderen“ auf der anderen Seite – sonst nichts.

Was sind die wichtigsten Punkte, die jeder über Populismus und PopulistInnen wissen sollte?

Am wichtigsten erscheint uns, das Bild der geteilten Gesellschaft zu verstehen und dass dieses eine reine Fiktion ist. Es handelt von Menschen, die es gar nicht gibt: So gibt es die Gruppe „Wir“ nicht, auch nicht „das Volk“, wo nur die Guten und Aufrechten zu finden sind, und ebenso wenig eine Gruppe der „Anderen“, also etwa „die Elite“, wo nur die Schlechten und Betrügerischen zu finden sind. Unser inneres Bild sagt uns aber: „Wir“ sind immer und ausschließlich die Opfer, während die „Anderen“ immer und ausschließlich die Täter sind. Das ist letztlich ein archaischer Mythos. Es gilt zu verstehen, dass ein solches Denken eskalierende Spiralen besitzt, nach immer mehr Macht drängt und zu einer autoritären Staatsform führen will.

Interessant ist, dass Sie für das Buch einen humorvollen Zugang gewählt haben, indem Sie laut Untertitel eine „Anleitung zur Volksverführung“ geben, sodass Leserinnen und Leser selbst PopulistInnen werden können.

Ja, wir nützen Humor, um die populistischen Muster zu beschreiben. Es ist wie beim Rumpelstilzchen: Sobald ich die Muster benennen kann, zerplatzen sie. Populismus ist Volksverführung mit billigen Tricks, die man leicht durchschauen kann. Wichtig ist auch, aus der moralischen Entrüstung herauszugehen und in der eigenen Energie zu bleiben – das brauchen die demokratischen Kräfte, um handlungsfähig zu bleiben. Das ist sinnvoller, als die Naziskeule zu schwingen. Es gibt heute keine SS und keine SA, die marschiert, und es droht kein KZ. Isolde Charim sagt im Dokumentarfilm „Rechtsruck. Zehn Gespräche. Gegen Angst“, dass so etwas heute gar nicht mehr möglich wäre, weil die Menschen viel individueller geworden sind. Heute kann man, so meint sie, die Jugend nicht mehr in eine gleichmachende Massenpartei integrieren.

Aber sehr erfreulich sind die aktuellen Entwicklungen auch nicht.

So etwas wie der Nationalsozialismus wäre nicht mehr möglich. Was aber droht, ist eine autoritäre Demokratie – und das ist schlimm genug. Es ist schlimm für die Kreativen, die linken Sozialbewegten, für freiheitsliebende Künstler oder autonome Journalisten.

Wo beobachten Sie besonders bedenkliche Tendenzen?

Am weitesten hat sich der Rechtspopulismus in Ungarn durchgesetzt. Dort ist die Demokratie in ihrer Substanz weitgehend zerstört. Es herrscht eine autoritäre Form der Demokratie ohne nennenswerten Widerstand. Die Pressefreiheit ist eingeschränkt, alle demokratischen Kontrollinstanzen weitgehend funktionsunfähig, denn sie wurden mit gehorsamen Parteigängern besetzt. Beispiele sind der Rechnungshof, die Finanzmarktaufsicht, die Exekutive, weite Teile der Justiz wie der Oberste Gerichtshof, die Medienbehörde, die öffentlich-rechtlichen Medien, Kulturinstitutionen und die Nationalbank. Das Wahlrecht wurde zugunsten der Fidesz verändert, im Frühjahr 2014 wurde mit 43 Prozent der Stimmen eine Zweidrittelmehrheit im Parlament erzielt. Und die Bevölkerung wird von der Regierung andauernd mit Plakatwellen, zum Beispiel gegen Flüchtlinge, und mit hetzerischen Volksbefragungen in Erregung versetzt. Donald Trump versucht ähnliche Aktionen.

Würden Sie diese These unterschreiben: Weil sich manche Menschen in der Demokratie nicht mehr wahrgenommen fühlen, wenden sie sich PopulistInnen zu?

Wir haben eine mehrfache Systemkrise, die große Krise im Hintergrund ist die ökologische Krise. Die konkretere Krise ist jene des Wirtschafts- und Finanzsystems, die sich 2008/09 gezeigt hat. Ihre Folgen sind nicht überwunden, das Finanzsystem ist weiterhin hochgradig instabil. Diese Krise wurde auch nicht von der Politik erklärt. Eine ihrer Folgewirkungen war das Erstarken des Rechtspopulismus: Man for-

Der Ökonom und Kulturhistoriker Walter Ötsch nähert sich dem Populismus, indem er eine Innenperspektive einnimmt und so populistische Methoden und Muster ausfindig macht. Entrüstung über PopulistInnen hält Ötsch für nicht hilfreich, denn sie mache die demokratischen Kräfte handlungsunfähig.

Interview: Alexandra Rotter

Fotos: Michael Mazohl

Der Ökonom und Kulturwissenschaftler Walter Ötsch ist Professor an der Cusanus Hochschule in Bernkastel-Kues, wo er Ökonomie unterrichtet. Zuvor war er Professor und Institutsvorstand an der Johannes Kepler Universität in Linz. Im Jahr 2000 erschien sein Buch „Haider light“. Im Sommer 2017 kam „Populismus für Anfänger. Anleitung zur Volksverführung“ beim Verlag Westend heraus, ein Buch, das Ötsch zusammen mit der „Falter“-Journalistin Nina Horacek geschrieben hat. Im Dokumentarfilm „Rechtsruck. Zehn Gespräche. Gegen Angst“ kommt er als einer von zehn ExpertInnen zu Wort. Und in „Die Zukunft ist besser als ihr Ruf“ spricht er sich dezidiert dafür aus, die Zukunft aktiv mitzugestalten, als auf bessere Zeiten zu warten.

dert auf einer symbolischen Ebene ein Primat der Politik ein. Das ist 2009 in den USA mit der **Tea Party** und 2013 in Deutschland mit der AfD geschehen.

Wie ist das zu verstehen?

Auf die Krise 2008/09 wurde zum einen in der Geld- und Fiskalpolitik aktivistisch reagiert, mit historisch einmaligen Summen. Zum anderen wurde aber auf einer regulativen Ebene zuerst ungemein viel versprochen – denken Sie an die ersten G-20-Tagungen –, de facto aber wenig umgesetzt. Statt öffentlich die Strukturen des Finanzsystems zu thematisieren, wurde die Krise intern als Liquiditätskrise verstanden und mit einer enormen Zufuhr von Liquidität durch die Zentralbanken gedämpft. Das Platzen der Blase 2008 wurde mit dem Aufbau einer noch größeren Blase beantwortet, die nächste Finanzkrise ist vorprogrammiert.

Angesichts der größten Wirtschaftskrise seit 1945 hat die Politik vor den Mächtigen im Finanzsystem kapituliert. Viele Menschen haben das dumpfe Gefühl, dass „die Politik“ handlungsunfähig geworden ist und sie die Folgen der Krise zu zahlen haben – beides ist richtig. Diese Stimmung wendet sich jetzt gegen die demokratischen Strukturen insgesamt. Ihre Handlungsunfähigkeit wird durch die offizielle Austeritätspolitik noch beschleunigt. Im Hintergrund gibt es also ein Politikmodell, das auf die Einschränkung und das Niederfahren des Sozialstaates ausgerichtet ist und dessen Versagen sich in der Krise 2008 manifestiert hat, das aber gleichzeitig von sich selbst behauptet, es sei alternativlos.

Was Sie beschreiben, klingt nach einer eingefahrenen Situation, die erst recht nach Alternativen schreit.

Dass politisch aus einer solchen Situation eine Krise der Repräsentation entstehen würde, wurde von kritischen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen schon lange vorhergesagt, etwa in der These der **Postdemokratie**. Ein Teil der Bevölkerung fühlt sich von der Politik nicht mehr repräsentiert. Dieser Teil wächst langsam. Immer mehr greift eine Stimmung um sich bzw. wird eine grundsätzliche Verstimmung hörbar, die im Kern durchaus verständlich ist.



Man sollte also bei den Grundproblemen ansetzen, um letzten Endes PopulistInnen den Wind aus den Segeln zu nehmen?

Ja, wir bräuchten eine Politik, die die längerfristigen Ursachen des Rechtspopulismus wie die zunehmende Ungleichheit angeht und nicht nur die kurzfristigen Auslöser wie eine plötzliche große Zuwanderung. In unserem Buch haben wir uns ein bescheidenes Ziel gesetzt: Wie kann man kurzfristig mit populistischen Angriffen umgehen? Wie reagiere ich auf eine Beschimpfung? Dieses Wissen ist immer noch wenig verbreitet. Ulrike Lunacek hat zum Beispiel in einer Puls-4-Debatte Heinz-Christian Strache mit moralischen Vorwürfen überhäuft. Aber das umgekehrte Spiel „Wir, die Guten, retten die Demokratie vor den bösen Populisten“ funktioniert nicht. Ein Strache ist besser im Beschimpfen, das hat er 20 Jahre lang trainiert. Daran ist auch Hillary Clinton gescheitert. Ich muss mich also von diesem Diskurs zur Gänze lösen und auf eine Metaebene gehen und die Muster benennen: „Das ist das, was Sie immer machen, ich erwarte gar nichts anderes, bitte beschimpfen Sie mich.“ Gelassen zu bleiben und keinen Ärger zu zeigen ist die richtige Haltung, und so ruhig erklären, warum und wie gefährlich eine rechtspopulistische Politik ist.

Das Wort Populismus leitet sich vom „Volk“ ab. Müsste es nicht eigentlich

etwas Gutes sein, wenn PolitikerInnen etwas „für das Volk“ tun?

Es geht nicht um das Volk in der juristischen Bedeutung, sondern um „das Volk“ im Populismus: als homogene Einheit, die einen einzigen „Volkswillen“ besitzt, den ausschließlich ein „Volksführer“ oder eine „Volksführerin“ kennt und zum Ausdruck bringt. Volk im Sinne einer Bevölkerung ist etwas anderes. Artikel eins der österreichischen Verfassung lautet: „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“ Norbert Hofer hat aber fälschlicherweise plakatiert: „Das Recht geht vom Volk aus.“ Das ist genau der Unterschied. Die Verfassung benennt erstens die Staatsform, die demokratische Republik, und zweitens deren Rechtssetzung durch die Bevölkerung. Strache und Co. reklamieren aber für sich „das Volk“ mit seinem „Volkswillen“ und stellen sich als sein Sprecher dar. Aber so etwas wie einen Volkswillen gibt es nicht. Und genauso wenig wie es „das Volk“ als homogene Einheit gibt, gibt es „die Elite“.

„Die Elite“, die PopulistInnen gerne als Gegnerin ansehen?

Genau, es gibt keine Elite, sondern Eliten. Die linke Kritik an Eliten in der Mehrzahl wird vom Rechtspopulismus als Kritik an „der Elite“ in der Einzahl reformuliert. Dabei werden unterschiedliche Gruppen zusammengemischt: die Bürokratie in Brüssel, die kritischen Journalisten und unabhängige

„Ein positives Zukunftsbild können nur Menschenfreunde entwerfen. Wenn die Sozialdemokratie oder andere Richtungen das verstehen, wird der Rechtspopulismus wieder verschwinden. Er hätte dann seine historische Aufgabe erfüllt.“

gen Medien, die anderen Parteien, die „das System“ vertreten, und alle „Gutmenschen“, die ja eigentlich amoralisch sind, weil sie Moral nur vortäuschen, aber nicht wirklich besitzen. Diese „Elite“ hat sich gegen „uns“ verschworen. Im Rechtspopulismus werden unterschiedliche, durchaus widersprüchliche Verschwörungstheorien für wahr gehalten. Für jedes Problem gibt es statt sachlicher oder systemischer Gründe namentlich genannte Sündenböcke.

Können Sie das anhand eines Beispiels erklären?

Die idealen Sündenböcke sind Asylsuchende, „Asylanten“ genannt. Sie vereinen viele Teile der „Anderen“. Sie repräsentieren zum einen „die da draußen“, sind also per se eine Bedrohung. Sie werden von „denen da oben“, also der Regierungselite in der EU und der eigenen Regierung, bewusst ins Land gelassen. „Die wollen uns umvolken“, heißt es dann von AfD und FPÖ. Und sie bilden, wenn sie im Land sind, „die da unten“, „Sozialschmarotzer“, die als Arbeitslose oder Sozialempfänger die Staatskasse belasten. In dieser Erzählung können alle sozialen Fragen als nationale Fragen neu gedeutet werden. Die Empörung zum Beispiel über gesunkene Lebenschancen oder eine drohende Altersarmut hat ihre Schuldigen gefunden. Es gibt keine strukturellen Ursachen, sondern Personen, die als Schuldige fungieren. Und gegen diese muss mit allen Mitteln gehetzt werden.

Wen meinen PopulistInnen dann, wenn sie vom „Volk“ sprechen?

Man muss nur nachdenken, wer von Populisten alles als „Volksfeind“ deklariert, also vom Volksbegriff ausgeschlossen wird: erstens die ganze kritische Intelligenz, die Wissenschaftler, Medienleute, die Linken sowieso, Künstler und so weiter. Das ist genau genommen die Mehrheit der Bevölkerung. Aber Populisten glauben trotzdem, sie sprechen für das Volk. Das zeigt sich auch daran, wie zum Beispiel eine Partei wie die FPÖ auf Wahlergebnisse reagiert. Denken Sie an die letzte Bundespräsidentenwahl und das Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Alexander Van der Bellen und Norbert Hofer: Wenn die Freiheitlichen 50,5 Prozent erreichen, ist das in ihren Augen ein Ausdruck des Volkswillens. Wenn sie 49,5 Prozent haben, ist es ein Ausdruck einer Manipulation durch „das System“.

Das kommunizieren sie so.

Ja, aber das denken sie auch. Sie denken: Wir sind die Mehrheit. Und wenn wir gewinnen, muss das der Ausdruck des „Volkswillens“ sein. Jedes andere Ergebnis kann nicht stimmen, weil „wir“ „das Volk“ in seiner Mehrheit vertreten. Geht die Wahl zu ihren Ungunsten aus, spielen sie jedes Mal die Betrugskarte aus. Donald Trump hat gesagt, fünf Millionen Stimmen, die an Hillary Clinton gegangen sind, waren Fake. Im populistischen Denken ist das logisch.

Aber sind solche Behauptungen nicht Teil einer Kommunikationsmasche?

Mein Ansatz ist der verstehende Ansatz, nicht die Abwertung. Abwertung ist zwar berechtigt, kann aber das Verstehen erschweren. Um zum Beispiel die US-Wahlen zu verstehen, muss man auch darüber nachdenken, was Hillary Clinton falsch gemacht hat.

Was ist das aus Ihrer Sicht?

Sie hat die Enttäuschung in der Bevölkerung und die Wut von unten nicht verstanden und ausschließlich die Moralkeule gezückt. Das heißt, sie hat das demagogische Spiel „Wir sind die Guten und die sind die Bösen“ umgedreht. Aber ich kann den Teufel nicht mit dem Beelzebub austreiben. Erstens ist es unehrlich – wir sind

nicht die Guten – und zweitens ineffizient. Anstatt einen Moraldiskurs zu führen und die politischen Gegner abzuwerten, muss man ein tieferes Verständnis aufbringen und eigene Ziele und Absichten in den Vordergrund stellen.

Müssen die Linken auch populistischer werden, um die Menschen zu erreichen?

Das glaube ich nicht. Ich glaube, der entscheidende Punkt ist gar nicht so sehr die Methode und der Diskurs, sondern die Zukunftsfantasie. Der letzte Punkt in unserem Buch handelt von der Krise von Zukunftsbildern. Wenn die These stimmt, dass der untere Teil der Mittelschicht Angst um seine Kinder hat, dann haben diese Menschen negative Zukunftsbilder. Diese sprechen die Populisten an, indem sie den Menschen eine gute alte Zeit vorgaukeln – und zwar jeder auf seine Art: Die Tea Party verweist auf die Gründungsväter, Marine Le Pen auf die Sechzigerjahre, wo es noch Kolonien gab, Viktor Orbán auf Ungarn in den Grenzen 1867. Das sind Fantasien einer guten alten Zeit, die es niemals gegeben hat. Und diese Vergangenheitsfantasie wird als – nicht einlösbare – Verheißung in die Zukunft projiziert.

Negative Zukunftsbilder sind aber nicht nur unter PopulistInnen und ihren AnhängerInnen verbreitet.

Ein positives Zukunftsbild können nur Menschenfreunde entwerfen. Wenn die Sozialdemokratie oder andere Richtungen das verstehen, wird der Rechtspopulismus wieder verschwinden. Er hätte dann seine historische Aufgabe erfüllt. Gelingt es aber nicht, positive Zukunftsbilder zu entwerfen und dafür Projekte zu formulieren, dann drohen eskalierende Spiralen einer faktenfreien Politik mit immer mehr Hetze und propagandistischem Nebel. Aspekte davon kann man bei den Klimaleugnern studieren, die im Rechtspopulismus und auch in der FPÖ vertreten sind. Fakten und Realität sind hier durch Meinungs-mache und Propaganda ersetzt.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
alexandra.rotter@chello.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Der Schmähbegriff, den die Pegida wieder aufgebracht hat, unterstellt, dass Medien bewusst Tatsachen verschweigen, die Wahrheit verzerren oder überhaupt lügen.



LÜGEN
PRESSE

Im Mund umgedreht

Der Schmähbegriff Lügenpresse stößt auch außerhalb des rechten Milieus auf offene Ohren. Auf den Spuren seines Erfolgs.

Sonja Fercher
Chefin vom Dienst der Zeitschrift
„Arbeit&Wirtschaft“

Bei diesen Bildern konnte es einem schon ein wenig kalt den Rücken hinunterlaufen: An jenem Ort, an dem noch einige Jahre zuvor Menschen „Wir sind das Volk“ skandiert und mit ihren Demonstrationen den Fall der DDR-Diktatur herbeigeführt hatten, hatten sich erneut Menschen zu einer Demo versammelt. Doch anders als bei den historischen Montagsdemonstrationen war die Stimmung dort aufgeheizt, den TeilnehmerInnen war ihre Wut anzusehen bzw. sie schrien sie sich aus dem Leib und in viele Fernsehkameras.

Es war das Jahr 2014, als die rechte Organisation Pegida die Montagsdemonstrationen in Dresden für sich umdeutete. Zu den Selbstbeschwörungen,

dass man „das Volk“ sei, gesellte sich recht bald ein anderer Begriff: die „Lügenpresse“, die falsch über die Proteste berichte.

Aus dem 19. Jahrhundert

Neu ist der Schmähbegriff Lügenpresse ebenso wenig wie die bewusste Verbreitung von Falschmeldungen. Letztere gehört zum klassischen Repertoire der Freiheitlichen Partei, schon ihr verstorbener Parteichef Jörg Haider und sein Team arbeiteten bewusst mit unvollständigen oder gar falschen Informationen. Der Begriff selbst hat eine lange Geschichte, die keineswegs nur mit dem Nationalsozialismus verknüpft ist. Die deutsche Kommunikationswissenschaftlerin Irene Neverla hält fest: Das Wort gehört „seit dem 19. Jahrhundert zum Arsenal der politischen Rhetorik. Als politische und propagandisti-

sche Kampfvokabel wechselte ‚Lügenpresse‘ mehrfach die Seiten zwischen den politischen Lagern – mal links, dann rechts – und überlebte unterschiedliche Machtkonstellationen.“ Im Wintersemester 2016/17 machte sich Neverla gemeinsam mit ihrem Kollegen Volker Lilienthal an der Universität Hamburg im Rahmen einer Ringvorlesung auf die Spuren der Lügenpresse und des Erfolgs dieses Begriffs. In einem Sammelband mit dem Titel „Lügenpresse. Anatomie eines politischen Kampfbegriffs“ sind verschiedene Beiträge zusammengestellt.

Pauschale Unterstellungen

Zunächst tut eine Definition des Begriffs not, Neverla schreibt dazu: „Lügenpresse‘ unterstellt pauschal, dass ‚die Presse‘, ‚die‘ Redaktionen, ‚die‘ Journalisten lügen, das heißt Tatsachen verschweigen, verfä-

schen, sie falsch oder unvollständig darstellen, in einen irreführenden Kontext setzen, und all dies gezielt und absichtsvoll.“ Der Vorwurf an „Mainstream-Medien“, unausgewogen zu berichten, wird keineswegs nur von RechtspopulistInnen erhoben, vielmehr ist Medienkritik in einer demokratischen Gesellschaft geradezu eine Notwendigkeit. Die Schmähung von Medien fällt wohl deshalb auf fruchtbaren Boden, weil Medien schon seit Längerem in der Tat in der Krise sind, sowohl in einer wirtschaftlichen, als auch was ihre Glaubwürdigkeit betrifft. Es ist eine wirklich paradoxe Situation, denn in der Unübersichtlichkeit der heutigen Medienwelt bräuchte es umso mehr eine professionelle Einordnung, wie sie der Job von JournalistInnen ist.

Von der Bereicherung zur Gefahr

Noch nie gab es so viele Möglichkeiten, sich zu informieren – aber eben auch, sich zu desinformieren. Im Internet sowie vor allem in Sozialen Medien sprudeln Informationen nur so aus dem Boden – aber eben auch Fehlinformationen. Zugleich ermöglichen diese Medien andere Einblicke, die für den Journalismus und die politischen Debatten durchaus eine Bereicherung sind: Auf Blogs kann man sich andere Inputs holen, andere Blickwinkel, die den Horizont erweitern. So weckten die Neuen Medien anfangs sehr viele Hoffnungen, auch im Journalismus selbst. Die Realität sollte jedoch bald anders aussehen, denn auch rechte Gruppierungen hatten die Möglichkeiten des Internets für sich entdeckt und nutzten sie. Dazu kamen kommerzielle Anbieter, die möglichst viele Clicks generieren wollten, was wiederum auch seine Spuren im Journalismus hinterließ, der zudem selbst in der Krise steckt.

„Der Meinungskorridor war schon mal breiter. Es gibt eine erstaunliche Homogenität in deutschen Redaktionen, wenn sie Informationen gewichten und einordnen. Der Konformitätsdruck in den Köpfen der Journalisten scheint unheimlich hoch. Das Meinungsspektrum im Lande ist oft erheblich breiter.“ Diese Worte stammen nicht von einem Kommunikationswissenschaftler, sondern aus der Feder des nunmehrigen deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Stein-

meier. Jakob Augstein, Herausgeber der deutschen Wochenzeitung „Der Freitag“, zitiert sie in seinem Beitrag für den Sammelband „Lügenpresse“ und kommentiert sie mit den Worten: „Irre. Ein Politiker erinnert Journalisten daran: Seid vielfältig, nehmt die Leser wahr.“ Im Zitat von Steinmeier stecken einige Elemente der aktuellen Medienkrise: Zwar bemühen sich Redaktionen, die gesellschaftliche Vielfalt auch in ihren Redaktionen zu spiegeln, sowohl was Frauen betrifft als auch MigrantInnen oder sogenannte bildungsferne Schichten. Diese Bemühungen gehen aber nur schleppend voran.

Warum dies ein Problem ist, erläutert Neverla: „Nun ist ein hohes formales Bildungsniveau im Journalismus sicherlich begrüßenswert. Aber die starke soziografische Verankerung des Journalismus in der bildungsbürgerlichen, männlichen und weißen Mittelschicht führt zu dem Verdacht, dass es zu einer Schieflage in der Berichterstattung und zu systematischen Bildstellen kommen kann.“ Diese Herausforderung ist JournalistInnen sehr wohl bewusst, und die meisten bemühen sich redlich um eine ausgewogene und fundierte Berichterstattung. Die Beiträge von Jakob Augstein, aber auch von „Spiegel“-Chefredakteur Klaus Brinkbäumer im „Lügenpresse“-Sammelband sowie viele selbstkritische Diskussionen an anderen Stellen zeugen davon. Doch sie müssen dies unter immer schwierigeren Rahmenbedingungen leisten, denn die wirtschaftliche Krise und der damit verbundene Sparkurs hat Redaktionen immer mehr ausgedünnt.

Dazu kommen die Herausforderungen der neuen Medien mit einer völlig neuen Geschwindigkeit. Dies würde eigentlich nach deutlich mehr Recherche verlangen, doch die Rahmenbedingungen machen dies oftmals schwierig. Der zunehmende Konkurrenzdruck ließ den Bedarf an Berichten steigen, die Clicks generieren. Da können Recherche und das genaue Hinterfragen auf der Strecke bleiben, und das ganz ohne manipulative Absicht. Dazu kommt die gängige Praxis der Medienwelt: „Die Orientierung der Journalisten an gängigen **Nachrichtenfaktoren** einerseits, verbunden mit Konkurrenzdruck andererseits, lässt eine Aufmerksamkeitsökonomie entstehen, die

durch Themenzyklen und Skandalisierung gekennzeichnet ist“, schreibt Kommunikationswissenschaftlerin Neverla. „Die Auswahl von Themen wird dabei geprägt vom Bild der Journalisten auf die Konkurrenzmedien – wenn dort ein bestimmtes Thema auf der Agenda steht, dreht man es selbst auch weiter – und auch von Annahmen der Journalisten über Erwartungen des Publikums.“ Diese nämlich können von Medien nicht völlig ausgeblendet werden, wenn sie ihre Produkte verkaufen wollen.

Die RezipientInnen wiederum haben durch die neuen Möglichkeiten des Internets völlig neue Zugänge. Für Neverla könnte „eine mögliche Folge daraus der generalisierte Manipulationsverdacht sein, dass man Fakten und Meinungen im Netz selbst prägen, ja sogar manipulieren kann und das nicht nur möglich ist, sondern dass sie dies auch ständig praktizieren. Das eigene Manipulationspotenzial wird also projiziert auf die journalistische Profession.“ Damit, so die Kommunikationswissenschaftlerin, erscheint die Annahme der „Lügenpresse“ „als schlüssige Folgerung“.

Stimmungslagen statt Fakten

Doch zurück zu RechtspopulistInnen und zur Frage, warum sie Medien so gerne als Sündenböcke missbrauchen. Für sie sind Medien Repräsentanten der „Elite“ und gerade deshalb beliebtes Ziel von Angriffen. Während sich Medienkritik sachlich mit Herausforderungen und Unzulänglichkeiten der aktuellen Medienwelt beschäftigt, ist die Erzählung von RechtspopulistInnen von einer „Anti-Faktizität“ gekennzeichnet, die Neverla folgendermaßen definiert: „Der Faktizität ‚derer da oben‘ stehen Gefühle und Stimmungslagen des einfachen, aber ursprünglichen Volkes gegenüber.“ Im aggressiver werdenden Ton im Internet finden rechte Gruppierungen – denn Pegida ist weitaus mehr als nur eine rechtspopulistische Gruppe – sowie RechtspopulistInnen einen idealen Nährboden für ihre Propaganda.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
sonja.fercher@oegb.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Die erste romantische Vereinnahmung erfuhr der Begriff Heimat Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts.

Je mehr Menschen durch die Industrialisierung von ihrem Geburtsort wegzogen, umso intensiver wurde Heimat zur sentimental besungenen Idylle.

Hype um Heimat

Den Begriff „Heimat“ gibt es (fast) nur auf Deutsch. Und selbst im deutschen Sprachraum weiß niemand, was genau sie ist. Umso heftiger wird sie umworben.

Gabriele Müller
Freie Journalistin

So sehr Heimat auf Orte bezogen ist, auf Geburts- und Kindheitsorte, Orte des Glücks, an denen man lebt, wohnt, arbeitet, Familie und Freunde hat – letztlich hat sie weder einen Ort, noch ist sie einer“, meinte der deutsche Jurist und Schriftsteller Bernhard Schlink im Jahr 1999 in seiner Rede „The Place of Heimat“. Heimat sei ein Nicht-Ort, eine Utopie, die am intensivsten erlebt werde, wenn sie fehlt. Ganz falsch interpretiert werde der Begriff, wenn eine bestimmte Gestalt von Heimat verlangt und durchgesetzt wird. „Wenn Erinnerung und Sehnsucht nicht aushalten, bloß Erinnerung und Sehnsucht zu sein, sondern Ideologie werden müssen. Wenn die Heimatideologie politische und rechtliche Gestalt annimmt.“

Richtig verstanden und alles andere als Ideologie, so Schlink, sei das Recht auf Heimat, will heißen: das Recht auf einen Ort, an dem man lebt, mit allem, was dazu wesentlich ist. Erst die rechtliche Anerkennung der Zugehörigkeit zu einer politischen Gemeinschaft, „die vor Staatenlosigkeit, zielloser Flucht und Vertreibung (...) schützt“, mache einen Ort zur Heimat.

Recht auf Heimat

„Man muss Heimat haben, um sie nicht nötig zu haben“, schrieb der aus Österreich vertriebene Schriftsteller und KZ-Überlebende Jean Améry in seinem Essay „Wie viel Heimat braucht der Mensch?“ (1966).

Damit entgegnete er der damaligen „revoltierenden Jugend“, die „Heimat“ verächtlich als „Domäne der Rechten“

geißelte und ihn damit dieser auch für ihre Zwecke überließ.

Kampfvokabel

Die erste romantische Vereinnahmung hatte der Begriff Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts erfahren. Je mehr Menschen durch die Industrialisierung von ihrem Geburtsort wegzogen, umso intensiver wurde Heimat zur sentimental besungenen Idylle. Die entstehenden Nationalstaaten boten diesem Gefühl eine neue, abstraktere Heimat, eine „imagined community“, gestärkt durch das Beschwören einer gemeinsamen Geschichte und Kultur. Der Heimatbegriff hat offenbar zu Krisenzeiten Konjunktur. „Genauer betrachtet war der Heimatbegriff schon damals v. a. das Kennzeichen einer kollektiven Abwehrhaltung“, meint Daniel Schreiber, Essay-

ist und Kunstkritiker. Der Erfolg nationalistischer PopulistInnen auch in heutiger Zeit: Sie **evozieren** eine Welt, ein perfektes Haus der Zugehörigkeit, in dem nichts fremd ist – das es aber nie gegeben hat und niemals geben wird.

Spätestens mit der großen Flucht- und Migrationsbewegung dieses Jahrhunderts wurde der Heimatbegriff wieder Gegenstand öffentlicher Diskussionen. Aktuell werde er zunehmend aggressiver gebraucht, gleichsam als Kampfbegriff, der sich das Gefühl zunutze macht, „dass irgend jemand die Heimat bedroht“, konstatiert der Historiker Helmut Konrad. Heimat als Ort, den es zu schützen gilt – vor angeblicher Überfremdung, vor dem Islam, vor der Globalisierung oder ganz allgemein vor allem Neuen.

Im November 2015 hatten sich die österreichischen Volkskunde-Institute und Museen mit der Aussendung „Menschen in Bewegung“ an die Öffentlichkeit gewandt, um der politischen Instrumentalisierung der Begriffe „Heimat“, „Kultur“ und „Identität“ entgegenzuwirken. „Aufgeladen mit Ideologien der Ausgrenzung und Wir-Behauptungen war und ist die Vorstellung von ‚Heimat‘ leicht auch Ausgangspunkt für Vertreibung und sogar Vernichtung.“ Im heutigen Reden über Heimat übersehe man leicht, dass Menschen mehrere Zugehörigkeiten haben (können). „Die Vorstellung von ‚Kulturen‘ (...) als nationale Besitzstände, die zudem noch in nationale Grenzen zu gießen wären“, sei „eine wirkungsmächtige Fiktion“, so die wissenschaftlichen HeimatspezialistInnen.

Flüchtlingskind als Präsident

Als ungewöhnlicher Kämpfer um den Begriff Heimat ist Bundespräsident Alexander Van der Bellen als Kandidat in Erinnerung, der in neuer Trachtenjacke Kirtage und Volksfeste aufsuchte. Das Kaunertal, dessen BewohnerInnen die estnische Flüchtlingsfamilie seinerzeit aufgenommen hatten, wurde durch ihn zu einem Symbol einer neuen, weltoffenen Heimatverbundenheit. Mit Plakatslogans wie „Wer seine Heimat liebt, spaltet sie nicht“, „Heimat braucht Zusammenhalt“ oder „Mutig in die neuen

Zeiten“ gab der Grüne dem Begriff eine andere Bedeutung als sein Kontrahent von der „sozialen Heimatpartei“.

„Heimat kann überall sein, wo man sich selber wohl fühlt, wo man auch von den Leuten, die vorher da waren, akzeptiert wird“, definierte Van der Bellen den Begriff. Beide Kandidaten hatten auf den gefühlsbeladenen Terminus gesetzt. „Doch einer spielt mit gezinkten Karten“, schrieb Viktor Hermann in den „Salzburger Nachrichten“. Denn: „Welche Heimat meint Norbert Hofer eigentlich?“, fragte der Kommentator. Er verwies auf die Ehrenmitgliedschaft Norbert Hofers bei der deutschnationalen Burschenschaft Marko-Germania, die die „geschichtswidrige“ Idee einer österreichischen Nation strikt ablehnt.

Von linkspopulistischer Seite trat später Peter Pilz mit seinem Buch „Heimat Österreich: Ein Aufruf zur Selbstverteidigung“ auf die Bühne. Der Ex-Grüne identifizierte bekanntlich die nationalistische Rechte und den politischen Islam als Gefährder der Heimat Österreich und der Heimat Europa. Der Unterschied zu rechts, so der bekennende Linkspopulist: „Die nationalistische Rechte hetzt arme Inländer auf arme Ausländer. Wir schützen die Menschen vor den Hetzern und richten uns überall in Europa gegen einen ganz anderen Gegner: das spekulierende Finanzkapital (...). Rechte volken um. Wir vertei- len um.“

Vorsicht und Abstand

„Beim Wort Heimat rate ich zur Vorsicht“, schreibt der Philosoph Franz Schuh in der Zeitschrift „Datum“ im Sommer 2017, „und bei ‚sozialer Heimatpartei‘ zum Abstandnehmen.“ Von der Heimat, die zwar auch als Deckname von Rassismus gedient hat und dient, rate er nicht ab. Denn der Begriff müsse nicht zwangsläufig mit der exklusiven Verherrlichung des „Eigenen“ und der „Eigenen“ einhergehen. Anders sei es mit der Vorsicht vor Ideologen der Heimat, „die den sentimental Begriff scharf machen wollen. Ihre Bierzelte und Lederhosen, ihr Alpenglühn, ihr Fremdenhass, das ist nicht Heimat, sondern ein primitives Destillat aus ihr, das man den Leuten vor die Nase presst wie Chloroform.“

Mit Betäubung anderer Art arbeitet „Volks-Rock-’n’-Roller“ Andreas Gabalier, der „massentauglich“ überkommene Heimatideologie transportiert. Als „Blut-und-Boden-Texte“ bezeichnen „Der Standard“ oder die deutsche „taz“ die Gesänge des „Nationalsexuellen“ (@taz) über „Heimatsöhne“ und „Bergkameraden“, in denen äußerst stramme Männerleben besungen werden. Der 30+-Jährige mit Elvis-Tolle beschwört mit seiner Performance eine Weltordnung der 1930er-Jahre, als ein Mann noch ein Mann und – pars pro toto – ein Dirndl die dazugehörige Frau war.

Fenster auf

Seitdem er sich mit dem europäischen Einigungsprozess beschäftigt, beschäftige er sich auch mit der Frage, was seine Heimat ist, vermerkt Robert Menasse in seinem Band gesammelter Reden „Heimat ist die schönste Utopie“. Der Begriff „Alpenrepublik“ stimme ihn trübsinnig, er fühle sich als Niederösterreicher und Europäer zugleich, dazwischen brauche er nichts. Die Nationalstaaten, ein historisch relativ junges Phänomen, seien erschöpft und böten nur den Dümmersten ein herrisches Selbstwertgefühl. „Heimat ist ein Menschenrecht. Nation nicht. Nationen haben sich bekriegt, Regionen haben sich verbündet“, plädiert Menasse für eine freie Assoziation der Regionen als sinnige Utopie in einem geeinten Europa.

AK-Umfrage zum 12-Stunden-Tag:

tinyurl.com/ya9gby4s

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin

adsa.mueller@gmail.com

oder die Redaktion

aw@oegb.at

BUCHTIPP

Robert Menasse:

Heimat ist die schönste Utopie. Reden (wir) über Europa

Verlag Suhrkamp, 2014
ISBN: 978-3-518-12689-9

Bestellung:

www.besserewelt.at



Ein Zwillingsspaar?

Rechtspopulismus baut auf die Empfänglichkeit der Bevölkerung für fremdenfeindliche Vorurteile.

Alexander Pollak

Sprecher der Menschenrechtsorganisation
SOS Mitmensch

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: So nennt der deutsche Sozialforscher Wilhelm Heitmeyer jene Haltung, die RechtspopulistInnen systematisch pflegen. Der Begriff steht für Ideologien, die auf zwei miteinander verbundenen Annahmen fußen: erstens, dass es voneinander klar abgegrenzte Menschengruppen gibt; zweitens, dass diese Gruppen nicht gleichwertig sind und nicht die gleichen Rechte und den gleichen Schutz ihrer Unversehrtheit verdienen.

Enger Zusammenhang

Zwölf Elemente von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit hat die Bielefelder Forschungsgruppe rund um Heitmeyer untersucht: Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Etabliertenvorrechte, Abwertung von Obdachlosen, Abwertung von Menschen mit Behinderung, Homophobie, Muslimenfeindlichkeit, Sexismus, Abwertung von Langzeitarbeitslosen, Abwertung von AsylbewerberInnen und die Abwertung von Sinti und Roma. Diese zwölf Elemente hängen oftmals eng zusammen. Das heißt, vielfach werden Vorurteile gegen gleich mehrere dieser Gruppen bedient. Die Bielefelder Forscher sprechen im Zusammenhang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit von einer „Vergiftung der Atmosphäre“. Ziel derjenigen, die eine solche

„Vergiftung“ betreiben, sei es, unterschwellig vorhandene menschenfeindliche Einstellungen zu mobilisieren.

Empfängliche Menschen

RechtspopulistInnen bauen auf eine hohe Empfänglichkeit der Bevölkerung für diese gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Viele Menschen in Österreich empfinden es als Erleichterung, wenn ihnen jemand zu verstehen gibt, dass es wieder in Ordnung ist, jenen Ressentiments freien Lauf zu lassen, die sie von klein auf mitbekommen, erlernt und verinnerlicht haben. Es zeigt sich, dass ein nicht unwesentlicher Teil der Bevölkerung die Entwicklung der letzten Jahrzehnte, die in Richtung Ächtung von Vorurteilen und des gesetzlichen Verbots von Diskriminierung ging, innerlich nicht oder nur teilweise mitvollzogen hat.

„Kommen Sie mir nicht mit der Rassismuskeule“, ist zu einem zentralen Stehsatz des neuen Kampfes um das „richtige Maß“ an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit geworden. Der Verweis auf die Rassismuskeule dient als Schutzschild, um Mitmenschen „endlich wieder“ aufgrund herkunftsbezogener oder äußerlicher Merkmale herunterzumen und diskriminieren zu können – ohne dabei durch Kritik gestört zu werden. Der Keulenstehsatz ermöglicht eine Verwandlung vom Rassismustäter zum Keulenopfer. Diese Verwandlung schafft wiederum Spielraum, um die Normalisierung rechter Begriffe und Positionen voranzutreiben.

RechtspopulistInnen geben den Menschen, die sich durch die Ächtung

von Rassismus und Nationalismus eingengt fühlen, Rückhalt. Und sie geben ihnen in sozialen Netzwerken Foren, wo sie ihren Vorurteilen und negativen Emotionen freien Lauf lassen können. Was RechtspopulistInnen dabei konsequent unter den Tisch kehren, ist, dass es nicht nur unfair, sondern auch gesellschaftszerstörend ist, wenn Menschen nicht danach beurteilt werden, wie sie tatsächlich sind, sondern ihnen allein aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe oder Religion von vornherein bestimmte Eigenschaften oder Verhaltensweisen unterstellt werden. Menschen, die solchen vorurteilsbehafteten Betrachtungsweisen ausgesetzt sind, werden nicht mehr als Individuen wahrgenommen. Sie werden vielmehr zu potenziellen Zielobjekten von systematischem Unrecht gemacht.

Angeblich wahre Probleme

RechtspopulistInnen tarnen und rechtfertigen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit oftmals damit, dass sie sagen, sie würden damit „die wahren Probleme ansprechen“. Doch unter „wahre Probleme ansprechen“ werden vielfach das Schüren von Vorurteilen und das Spiel mit Feindbildern verstanden. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wird zum Akt „des Mutes“ bzw. zum Akt „der Überwindung von politischer Korrektheit“ erklärt.

Dabei ist es in einer funktionierenden Demokratie in der Tat wichtig, Probleme klar anzusprechen – allerdings ohne zeitgleich eine Vorurteilsmaschine anzuwerfen. Zum Beispiel war die



FPÖ in Österreich tatsächlich die erste Partei, die auf die Gefahr antidemokratischer islamistischer Strömungen hingewiesen hat. Allerdings war der kritische Fingerzeig vonseiten der FPÖ nie lösungsorientiert ausgerichtet, sondern Teil ihres Geschäftsmodells der Frontenbildung gegen „die Anderen“. Daher wurde von der FPÖ auch „der Islam“ als Ganzes zum Feindbild erklärt, und es wurde Stimmung gegen alle im Land befindlichen MuslimInnen gemacht. Das Geschäftsmodell der Frontenbildung würde ins Stottern geraten, wenn man stattdessen gemeinsam mit MuslimInnen gegen fundamentalistische Strömungen kämpfen würde.

Zweierlei Maß

Eine Generalisierung zum Zwecke der Frontenbildung geschieht auch in anderen Bereichen, etwa im Bereich der Kriminalität. Verbrechenfälle werden sorgfältig danach ausgewählt, ob sie sich für den Aufbau von Fronten eignen, um ethnisch und religiös definierte Gruppen pauschal zum Problem zu erklären. Im Frühjahr 2017 gab es beispielsweise binnen kurzer Zeit zwei dramatische Ereignisse in Deutschland: Ein 19-jähriger Mann tötete mit zahllosen Messerstichen zuerst einen neunjährigen Nachbarsjungen und kurz darauf einen Bekannten, bei dem er untergetaucht war. Der junge Mann hieß Marcel H. und war hellhäutig. Zu ihm fand sich kein Eintrag auf den Facebook-Seiten der FPÖ-Spitze. Wenige Tage später attackierte ein 36-jähriger Mann in Düsseldorf mehrere Menschen zuerst in der S-Bahn und dann am Bahn-

hof mit einer Axt und verletzte einige schwer. Laut Ermittlern soll der Mann an paranoider Schizophrenie erkrankt sein und einen psychotischen Schub gehabt haben. Doch der Mann hieß Fatmir A. und war Asylbewerber aus dem Kosovo. Das reichte für FPÖ-Spitzenpolitiker, um den Mann auf ihre Facebook-Seiten zu befördern. Seine psychische Krankheit wurde infrage gestellt. Während Doppelmörder Marcel H. nicht der richtige Mann für das Frontenbildungs-Geschäftsmodell der FPÖ war, passte Axt-Angreifer Fatmir A. perfekt in das Feindbild- und Aufwiegelungsschema.

Im Zuge solcher Aufwiegelungen werden Personen, die sich nie etwas haben zuschulden kommen lassen, mit Personen, die ein Verbrechen begangen haben, zu einer Gruppe, zu einer Front verschmolzen, nur weil sie den gleichen ethnischen oder religiösen Hintergrund haben. Rechte Parteien nutzen unser Bedürfnis aus, böse Taten einzuordnen und an einem vermeintlich alles erklärenden Merkmal festzumachen.

Um der Frontenbildungsmaschinerie der RechtspopulistInnen gegenzusteuern, braucht es ein Bewusstsein darüber, dass Rassismus kein überwundenes Relikt der Vergangenheit ist, sondern eine aktuelle Gefahr. Es sind nicht nur einige wenige Spinner, die mit rassistischem Denken aufgewachsen sind. Sehr viele Menschen – auch der Autor dieser Zeilen – wurden im Laufe ihrer Sozialisation mit unterschiedlichen Formen von Vorurteilen, Generalisierungen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit konfrontiert. Sehr viele haben Teile davon verinnerlicht. Im Idealfall

wurde ein großer Teil davon wieder verlernt. Doch nicht allen fällt dieses Verlernen leicht. Viele empfinden die Anstrengung, die damit verbunden ist, als unangenehm.

Herausforderung

RechtspopulistInnen machen sich das zunutze. Und sie haben dabei allzu oft leichtes Spiel, weil vielen das Bewusstsein dafür verloren gegangen ist, wie wichtig die Bekämpfung von Rassismus und radikalem Nationalismus ist. Es ist ein Kampf, der gerade mit der zunehmenden Distanz zu den rassistischen und nationalistischen Großverbrechen des Nationalsozialismus immer wieder und immer wieder intensiv geführt werden muss.

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
alexander.pollak@sosmitmensch.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

BUCHTIPP

Alexander Pollak:
**Zwanzig Erfolgsfaktoren
der extremen Rechten:
Zwanzig Gegenstrategien**
Verlag Books on Demand,
2017
ISBN: 978-3-7448-1950-3
Bestellung:
www.besserewelt.at



Mythos der sozialen Hängematte

Nützen Flüchtlinge und MigrantInnen das Sozialsystem aus? Studien entkräften dies mit Zahlen und Fakten.

Irene Mayer-Kilani

Freie Journalistin für „Kurier“ und Printmagazine

Der Flüchtlingsstrom, der im Herbst 2015 seinen Höhepunkt erreichte, stellt Politik und Gesellschaft vor neue Herausforderungen. In der Praxis bedeutet das öffentlich geförderte Unterkünfte für AsylwerberInnen sowie Mittel aus dem Budget für die Grundversorgung, in weiterer Folge müssen Rahmenbedingungen für eine positive Integration geschaffen werden. Dies wird begleitet durch eine intensive öffentliche Diskussion. Stammtisch-Gespräche über „unsere Werte“ tragen auch nicht gerade zur Entspannung bei. Gerne wird auch das Bild der Billa-Verkäuferin genommen, die den ganzen Tag an der Kassa sitzt und weniger bekommt als ein „Flüchtling, der auf Kosten unserer Steuergelder lebt“. Fälschlicherweise entsteht so der Eindruck, dass Flüchtlinge mehr Geld erhalten als manche ÖsterreicherInnen, die arbeiten gehen.

Falsche Zahlen

Laut European Social Survey glauben 30 Prozent der österreichischen Bevölkerung, dass Zugewanderte mehr Sozialleistungen erhalten, als sie zur Finanzierung der Leistungen beitragen. Die Meinung, AusländerInnen seien NettoempfängerInnen von Sozialleistungen, ist in Österreich im Europavergleich am stärksten ausgeprägt.

Nur sieben Prozent glauben, dass AusländerInnen mehr ins Sozialsystem

ein zahlen, als sie an Leistungen bekommen. Wer hat recht?

Das Sozialministerium ging gemeinsam mit dem Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung dieser Frage nach. Die Analyse legt Fakten auf den Tisch, die nicht nur bei Stammtisch-Debatten, sondern auch in der Politik notorisch ignoriert werden. Die Auswertung der statistischen Daten für das Jahr 2015 belegt, dass AusländerInnen mehr ins Sozialsystem ein zahlen, als sie erhalten. ÖsterreicherInnen bekommen um 7,1 Milliarden Euro mehr, als sie ein zahlen. Bei AusländerInnen ist das Verhältnis umgekehrt: Sie zahlen um 1,6 Milliarden Euro mehr in den Sozialtopf ein, als sie Geld erhalten.

Die Forschungsgesellschaft Joanneum Research untersuchte ebenfalls, in welchem Ausmaß AsylwerberInnen die öffentlichen Haushalte belasten und welche Auswirkungen sich daraus für Wirtschaft und Arbeitsmarkt ergeben. Im Auftrag des Österreichischen Roten Kreuzes und der Caritas hat die Joanneum Research Erwerbskarrieren der rund 65.000 Asylberechtigten für die Jahre 2000–2015 erfasst. Die Studie kommt zu einem ähnlichen Ergebnis.

Investitionen in Bildung nötig

Damit auch künftig eine positive Bilanz überwiegt, fordert Gerald Schöpfer, Präsident des Österreichischen Roten Kreuzes, konkrete Maßnahmen: „Der Beitrag, den Asylberechtigte durch ihre Arbeit für die Wirtschaft leisten, ist zwar positiv. Damit das so bleibt, ist es aber dringend

nötig, mehr in Bildung zu investieren: in neue Kurse und Angebote für diese Menschen, die sich auf dem Arbeitsmarkt besonders schwer tun – und zwar besonders für die Jungen und schlecht Qualifizierten. Asylberechtigte müssen früher in den Arbeitsmarkt integriert werden.“

Gemeinsam ist beiden Studien, dass sie vor der Wanderungsbewegung des Jahres 2015 durchgeführt wurden. „Im Moment fallen zweifellos Kosten für Grundversorgung und in weiterer Folge Mindestsicherung an“, räumt der Geschäftsführer der Volkshilfe Österreich, Erich Fenninger, auf A&W-Anfrage ein. „Nachdem es sich bei Österreich um eine stark überalterte Gesellschaft handelt, werden wir die zusätzlichen Arbeitskräfte langfristig brauchen, um den Wohlstand in Österreich sicherstellen zu können.“

Erzwungenes Nichtstun

Die Volkshilfe betreut seit Jahrzehnten AsylwerberInnen. Dabei erleben die MitarbeiterInnen täglich, wie Menschen das lange Warten und das erzwungene Nichtstun enorm belastet. „Sie fiebern dem Moment entgegen, in dem sie arbeiten dürfen, sich selbst erhalten können und darauf auch stolz sind. Das ist nicht immer leicht, aber die meisten Asylberechtigten sind höchst motiviert, nehmen auch sehr schlecht bezahlte Jobs an und erhöhen oft auch die Selbstständigenquote“, weiß Fenninger aus der Praxis. Die „soziale Hängematte“ sei bei näherer Betrachtung gar keine, sondern einfach ein Vorurteil. Auf die Frage, was an dem Argument „viele Migranten würden lieber

Mindestsicherung beziehen als arbeiten gehen“ daran sind, sind sich ExpertInnen einig: Nicht die Mindestsicherung ist zu hoch, sondern die Löhne in vielen Branchen sind einfach zu niedrig. Das gilt für österreichische StaatsbürgerInnen genauso wie für MigrantInnen und AsylwerberInnen: „Daher sind die Bestrebungen, für eine Vollzeitstelle zumindest 1.500 Euro als Mindestlohn zu fixieren, ein Schritt in die richtige Richtung“, so Fenninger.

„Von einer Vollzeitstelle soll man leben können, bei den derzeitigen Mieten ist das oft nicht der Fall“, kritisiert er. Die derzeitige Höhe der Mindestsicherung sei am untersten Limit, gerade genug, um ein Überleben zu sichern. Zudem wird die Mindestsicherung nur zwölfmal im Jahr ausbezahlt, während in den meisten Kollektivverträgen ein steuerbegünstigtes Urlaubs- und Weihnachtsgeld festgelegt ist.

Auch Christoph Riedl, der seit über 20 Jahren bei der Diakonie im Flüchtlingsdienst tätig ist, findet, dass in der Diskussion vieles durcheinandergebracht wird: „Man darf nicht die Mindestsicherung mit der Grundversorgung verwechseln.“ Ersteres sei für anerkannte und subsidiär schutzberechtigte Flüchtlinge, zweiteres für AsylwerberInnen. Auch werde in der politischen Debatte meist eine mehrköpfige Flüchtlingsfamilie mit einer Einzelperson (in Form eines österreichischen Pensionisten) verglichen. Das sei wie Äpfel mit Birnen zu vergleichen.

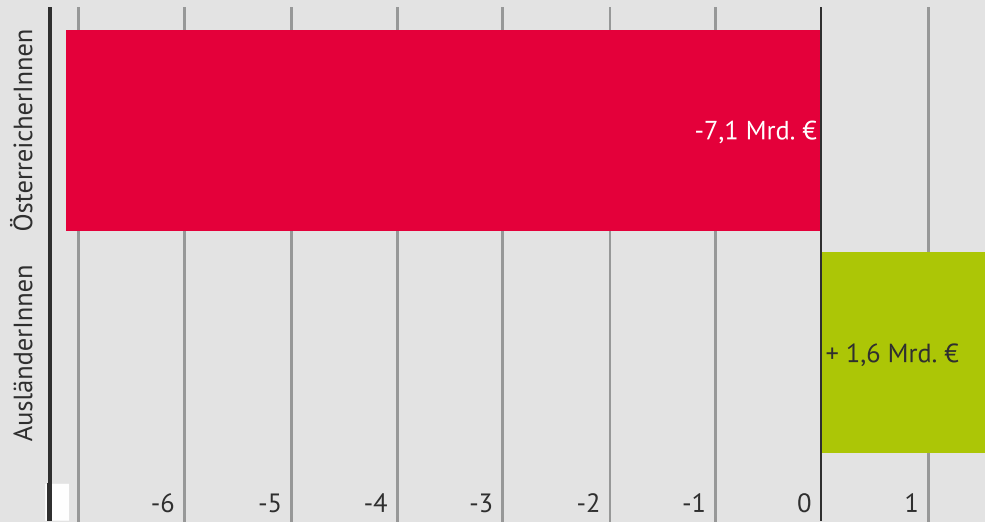
Kosten des Nichthandelns

1,7 Milliarden hatte das Finanzministerium für die Flüchtlingskosten im Jahr 2017 veranschlagt. Der **Fiskalrat** geht allerdings davon aus, dass diese auf 2,7 Milliarden Euro steigen werden. Auch wenn aufgrund deutlich weniger Asylanträge die Kosten für die Grundversorgung zurückgehen, steigen die Zahlungen für die Mindestsicherung. Nichtsdestotrotz plädiert Fiskalrat-Präsident Bernhard Felderer für weitere Integrationsmaßnahmen.

Ähnlich sieht es der AK-Budgetexperte Tobias Schweitzer: „Wesentlicher als die simple Kostenbetrachtung ist die Analyse der Kosten des Nichthandelns.

Wer zahlt in das Sozialsystem ein?

AusländerInnen zahlen mehr in das System ein, als sie erhalten.



Quelle: BMASK, Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung; Daten aus dem Jahr 2015.

Je besser und schneller die Integration der Geflüchteten gelingt, desto geringer sind die Kosten und desto größer wird auch ihr Beitrag zum Wirtschaftswachstum sein.“

Stammtischgerüchte

Die kurzfristige Euphorie im Herbst 2015, als viele Flüchtlinge Österreich erreichten, ist längst umgeschlagen. Das bekommt etwa auch die Caritas zu spüren, die oft mit Falschmeldungen konfrontiert ist. Sei es am Stammtisch oder auf Facebook: Immer wieder kursieren Gerüchte, bei der kirchlichen Hilfsorganisation würden Handys, Laptops oder Markenkleidung an Geflüchtete verschenkt. So heißt es, dass der Handyverkäufer kein Geld, sondern nur eine Karte der Caritas vorgelegt bekomme und daraufhin dem Asylwerber ein teures Smartphone aushändige.

Als im Wahlkampf die Gerüchteküche wieder einmal überkochte, reagierte die Caritas erneut mit einem offiziellen Dementi: „Weil uns diese Gerüchte in letzter Zeit wieder verstärkt zu Ohren kommen: Nein, wir verschenken keine Handys, keine Bordellgutscheine, keine

Zahn- oder Brustimplantate und auch keine rosa Einhörner.“ Bei den Flüchtlingsankünften 2015 und 2016 zählte Österreich europaweit zu den am stärksten involvierten Ländern bei der Aufnahme. Die meisten Menschen, die in Österreich in den vergangenen Jahren um Asyl ansuchten, kommen aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. Im Jahr 2016 wurden in Österreich über 40 Prozent der Asylanträge positiv entschieden. 70 Prozent der positiven Asylbescheide gingen an Kriegsflüchtlinge aus Syrien. Laut einer OECD-Studie gibt Österreich weniger Geld für Asylwesen aus als etwa Deutschland oder Schweden. Im Übrigen zahlt auch die Türkei – gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) – prozentuell deutlich mehr.

Studien:

tinyurl.com/yb5eoxwp

„AusländerInnen und der Sozialstaat Österreich“:
www.sozialministerium.at

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
irene_mayer@hotmail.com

oder die Redaktion
aw@oegb.at

Tödliche Straflust

Der 10. Oktober ist der Tag der Todesstrafe. In der EU richtet der Staat nicht mehr über Menschenleben. Doch das Thema bleibt ein populistischer Stimmungsmacher.

Beatrix Bener
Freie Journalistin

Was haben Immanuel Kant, Wladimir Lenin und Konrad Adenauer mit Arnold Schwarzenegger gemeinsam? Alle vier befürwort(et)en die Todesstrafe. Der Philosoph des moralischen Imperativs begründete sie mit einer notwendigen „Befriedigung der Gerechtigkeit“ – eine Überzeugung von zeitloser Anziehungskraft, die beispielsweise Hillary Clinton teilt. Eingeschränkt soll sie nur auf besonders schlimme Verbrechen sein, wo der „Einzelne das Recht auf Leben verwirkt“. Auch in Österreich finden sich für Ausnahmefälle Befürworter, wie der Tiroler Wirtschaftskammerpräsident Jürgen Bodenseer oder Frank Stronach, der die „Todesstrafe für Berufskiller“ verlangte.

„Idealer“ Gegenstand

„Forderungen nach einer Wiedereinführung der Todesstrafe sind dadurch vorbereitet, dass es eine legitime und sogar praktizierte Strafform weltweit ist (auch in westlichen Demokratien). Des Weiteren gehört seit den späten 1970er-Jahren ein Mehr an staatlichen Strafdrohungen zur normalen Sicherheitspolitik und ist Bestandteil von Politik-Darstellungen“, so Helga Cremer-Schäfer von der Universität Frankfurt. Die Kriminologin untersucht die Soziologie des strafenden Staates. In „Straflust und Repression“ beschreibt sie einen Prozess der „Personalisierung des Problems der Kriminalität“, der die „Krise“ als Versagen bestimmter Leute, bestimmter Kategorien der Bevölkerung“

erklärt. „Kriminalität“ ist ein idealer Gegenstand „autoritären“ Populismus: ein gemeinsamer Feind und die Kriegserklärung, in der die ganze Nation zusammengeschlossen wird, gegen innere Feinde und hereindrängende Fremde vorzugehen. „Law-and-Order-Kampagnen sind Mittel, eine klare Polarisierung von ‚Wir‘ und ‚Sie‘ durchzusetzen.“ Der langjährige Leiter des Wiener Instituts für Recht- und Kriminalsoziologie, Heinz Steinert, sagte dazu in einem Vortrag 2008: „Populistische Politik (konkret waren es Ronald Reagan und Margaret Thatcher, die damit Wahlkämpfe bestritten) und Unterhaltungsindustrie (besonders Boulevardpresse und TV) haben gemeinsam ‚Kriminalität‘ zu einem bedeutsamen Feindbild und möglichst strenge Bestrafung zum einzigen Mittel dagegen erhoben.“

Ein Musterbeispiel für das populistische Mobilisierungspotenzial brachte Viktor Orbán, der durch gezieltes Liebäugeln mit der Todesstrafe auf mediale Wirkung abzielte. „Die Todesstrafe ist kein Sonderfall, sondern ein extremes Beispiel für eine diskursive Strategie, die von der extremen Rechten verwendet wird“, analysiert Politikwissenschaftler Tobias Boos. „Sie erfüllt zwei Funktionen: Der Tabubruch einer extremen Forderung erweitert das diskursive Feld und verschiebt es weiter nach rechts – auch wenn nach öffentlicher Empörung ‚zurückgerudert‘ wird.“ Diese Spirale nach (rechts) oben ist bei der AfD-Politik gut beobachtbar. Schockierte Frauke Petry noch mit der Aussage „Flüchtlinge notfalls mit Waffengewalt an den Grenzen zu stoppen“, übertrug ein AfD-Lokalpolitiker diese Aussage, indem er meinte, „die deutsche Integrationsbeauftragte in Anatolien ent-

sorgen zu wollen“. Die Linguistin Ruth Wodak wählt das Bild des „Perpetuum mobile“, das (rechts-)populistische Parteien erzeugen, indem sie wiederkehrend provozieren, falsche Anschuldigungen machen und mit kalkulierten Ambivalenzen verschiedene WählerInnengruppen mit unterschiedlichen Botschaften zur selben Zeit ansprechen. So sind die anderen Parteien und politischen Akteure permanent damit beschäftigt, offensichtlich falsche Aussagen zu widerlegen, und kommen so zu keiner eigenständigen Themensetzung.

„Mein Volk“

„Es zählt, was mein Volk sagt“, meinte Recep Erdoğan, konfrontiert mit der Aussage, dass eine Wiedereinführung der Todesstrafe zum sofortigen Stopp der EU-Verhandlungen führen würde. Sprechen PolitikerInnen über die Todesstrafe, stützen sie sich gerne auf des „Volkes Stimme“. „Die Regierungen müssen mit entsprechenden Gesetzen und begleitender Bildungsarbeit mit gutem Beispiel vorangehen und tragen so dazu bei, dass sich die Einstellung in der Bevölkerung ändert. In Österreich wurde die Todesstrafe zu einer Zeit abgeschafft, in der die Mehrheit der Bevölkerung noch gegen ihre Abschaffung war“, so Manfred Nowak, wissenschaftlicher Leiter des Ludwig Boltzmann Instituts für Menschenrechte. Zeitpunkt und Art der Fragestellung beeinflussen maßgeblich die Zustimmung. Fragt man: „Soll die Todesstrafe wieder eingeführt werden?“, erhält man einstellige Zustimmungsraten. Oder fragt man aus Anlass eines aktuell besonders brutalen Mordes: „Sind Sie für die Todesstrafe für Kinder-

„Es zählt, was mein Volk sagt“, meinte Recep Erdoğan, konfrontiert mit der Aussage, dass eine Wiedereinführung der Todesstrafe zum sofortigen Stopp der EU-Verhandlungen führen würde.



schänder?“, so kann es für diese Aussage Zustimmungsraten von bis zu 25 Prozent geben. „In dem Kontext wird die Todesstrafe nicht als Strafe, sondern als ‚sozialhygienische Maßnahme‘ verstanden, um die Gesellschaft zu schützen“, analysiert Heinz Patzelt, Generalsekretär von Amnesty International, die unterschiedlichen Ergebnisse. Dennoch ist er überzeugt: „Europa ist gefestigt gegen die Todesstrafe.“ Zweifel sind jedoch angebracht. Immerhin wurde die Wiedereinführung

der Todesstrafe in Polen im Jahr 2004 mit gerade einmal drei Stimmen verhindert. Auch scheiterte die Einführung eines EU-Tages gegen die Todesstrafe im Jahr 2007 an den Stimmen der polnischen Regierung. In der Zwischenzeit hat sich Polen endgültig von der Todesstrafe verabschiedet, indem es im Jahr 2014 jenes Protokoll der Europäischen Menschenrechtskonvention ratifizierte, das die Todesstrafe verbietet. „Die Todesstrafe ist ein Auslaufmodell“, bleibt Patzelt überzeugt. „Jahr-

lich schaffen im Schnitt drei Staaten ab, der Kampf ist in 10 bis 15 Jahren gewinnbar.“ Aber es gibt auch Rückschläge: So führte heuer auf den Philippinen Präsident Rodrigo Duterte nach elf Jahren die Todesstrafe (auf Drogendelikte) wieder ein.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
beatrice@beneder.info
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Die Todesstrafe: Fakten statt Emotionen

Die Todesstrafe wird gerne im Namen der Angehörigen der Opfer legitimiert. Doch es ist ein Fehlschluss, dass diese den Angehörigen tatsächlich ein Gefühl von Gerechtigkeit bringt. „Oft dauert der Prozess über zehn Jahre, es lässt die Betroffenen nicht los, traumatisiert sie zusätzlich. Selbst starke Befürworter der Todesstrafe empfinden keinen Seelenfrieden nach einer Hinrichtung“, weiß Patzelt von amerikanischen Fallstudien zu berichten. Das widerlegt ein besonders fragwürdiges Pro-Argument der Todesstrafe, sie käme billiger. So dauert in Staaten mit westlichen Rechtsstandards die Prozessfindung mit Berufungen zwischen sechs und acht Jahren und wird in Summe wesentlich teurer als lebenslängliche Haft.

Mehr als fragwürdig ist auch ihre abschreckende Wirkung. Im Jahr 2012 stellte der National Research Council in den USA fest, dass es „keine ausreichenden Informationen darüber gibt, ob die Todesstrafe die Mordrate verringert, erhöht oder überhaupt einen Effekt auf sie hat“. Im benachbarten Kanada sank die Mordrate seit Abschaffung der Todesstrafe (1976) kontinuierlich und liegt bis heute deutlich niedriger als in den USA. „Die moderne Strafrechts- und Menschen-

rechtswissenschaft hat schon lange bewiesen, dass die Todesstrafe keine abschreckende Wirkung entfaltet. Jene, die die Todesstrafe befürworten, auch wenn sie andere Argumente vorschützen, sind in der Regel besetzt von einem archaischen Strafrechts- und Gerechtigkeitsdenken, das natürlich stark von religiösem Denken beeinflusst ist“, stellt Manfred Nowak klar.

Todesstrafe weltweit

Zwei Drittel aller Staaten haben die Todesstrafe abgeschafft bzw. ausgesetzt. In Österreich wurde sie im Jahr 1950 zunächst für nicht militärische Verfahren abgeschafft, im Jahr 1968 wurde sie schließlich völlig aus den österreichischen Strafgesetzen gestrichen. Wie viele Menschen jährlich hingerichtet werden, ist laut Amnesty nur schwer zu zählen. So gibt die Menschenrechtsorganisation zwar an, dass China das Land mit den meisten Hinrichtungen sei, aber: „Das wahre Ausmaß der Todesstrafe bleibt Staatsgeheimnis.“ Auf der Liste der Länder, die am häufigsten die Todesstrafe vollziehen, folgen nach China der Iran, Saudi-Arabien, Irak und Pakistan.

„Für EuropäerInnen am irritierendsten ist, dass sogar demokratische Rechtsstaaten wie die USA oder Japan die Todesstrafe anwenden“, so Patzelt. Als „politisch hoch motiviertes Einschüchterungsinstrument“ wird die Todesstrafe in Syrien oder dem Iran eingesetzt. „Wenn es in der Bevölkerung unruhig ist, sieht man die Leute hängen.“

In Saudi-Arabien und dem Irak gibt es die Todesstrafe überwiegend aus religiösen Gründen. Tödliche Delikte sind Homosexualität, Ehebruch oder der Abfall vom rechten Glauben (Apostasie). Am schwierigsten zu fassen ist der traurige Weltmeister. „China ist ganz langsam in Richtung Rechtsstaat unterwegs, aber mit wenig Vertrauen in die Wirksamkeit des eigenen Rechtsdurchsetzungssystems. So wenden sie die Todesstrafe nicht nur bei Mord an, sondern auch bei Steuerhinterziehung, Korruption und bei der Manipulation von Lebensmitteln (Babymilchskandal).“

In Europa ist die Todesstrafe in allen Ländern bis auf eine einzige Ausnahme abgeschafft: Weißrussland. Da die Zahlen über Hinrichtungen als Staatsgeheimnis gelten, weiß man mit Gewissheit nur, dass zuletzt im Jahr 2014 jemand exekutiert wurde.

D wie Demagogie

*Von Establishment über Gesinnungsterror bis Systemparteien:
Begriffe von und über PopulistInnen.*

Sonja Fercher

*Chefin vom Dienst der Zeitschrift
„Arbeit&Wirtschaft“*

Altparteien

Den Begriff verwenden PopulistInnen gerne, um sich selbst von den anderen Parteien zu distanzieren, die sie auch gerne „etablierte Parteien“ nennen. Inzwischen wird der Begriff auch von anderen PolitikerInnen und leider auch in Medien verwendet. Manche verweisen darauf, dass er ähnlich wie das Wort Systemparteien auch von den NationalsozialistInnen verwendet wurde.

In Bezug auf die FPÖ ist allerdings anzumerken, dass sie eine ebenso alte Partei ist wie SPÖ und ÖVP, auch wenn sie im Jahr 1948 unter dem Namen „Verein der Unabhängigen“ gegründet worden war. Um sich von den anderen Parteien abzugrenzen, verwenden PopulistInnen statt Partei gerne Bezeichnungen wie „Bewegung“, Liga oder Bund.

Demagogie

Meyers Lexikon definiert diese als „Volksverführung in verantwortungsloser Ausnutzung von Gefühlen, Ressentiments, Vorurteilen und Unwissenheit durch Phrasen, Hetze oder Lügen“. Das Wort selbst setzt sich aus den griechischen Worten „demos“ = „Volk“ und „agógein“ = „führen“ zusammen.

Nina Horaczek und Walter Ötsch sehen darin die Führung des Volkes in einem zweifachen Sinn. „Erstens als Ver-Führung: Eine unzufriedene Bevölkerung wird mit Verheißungen einer besseren Politik verführt. Dies ge-

schieht zweitens, indem DemagogInnen von dem ‚Volk‘ reden: Sie schaffen damit ein Kunstprodukt einer gleichartigen Bevölkerung, die durch einen gemeinsamen ‚Volkswillen‘ verbunden ist.“ Die beiden AutorInnen verwenden Demagogie synonym für Populismus.

Establishment

Der Begriff ist keine Erfindung von RechtspopulistInnen, sondern wurde vielmehr von der Studierendenbewegung der 1960er-Jahre geprägt.

Sie kritisierten damit die herrschende Machtelite, die nur auf den eigenen Machterhalt und die Erhaltung des Status quo einer reformbedürftigen Gesellschaft aus wäre und sogar dann ein Auge zudrückte, wenn ehemalige Nationalsozialisten weiterhin wichtige Positionen innehatten.

RechtspopulistInnen haben diese Kritik an ihre eigenen Bedürfnisse angepasst und verwenden das Wort als Kampfbegriff für eine „Elite“, die sich gegen „das Volk“ verschworen habe.

Zuletzt zog der nunmehrige US-Präsident Donald Trump gegen das „Establishment in Washington“ in den Wahlkampf. In seiner Antrittsrede versprach er: „Wir nehmen die Macht von Washington, D. C. und geben sie euch, dem Volk, zurück.“

Zum rechtspopulistischen Repertoire gehören verschiedene Synonyme. Der freiheitliche Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer etwa erklärte seinem grünen Gegenspieler Alexander

BUCHTIPP

Volker Lilienthal, Irene Neverla (Hrsg.):

Lügenpresse

Anatomie eines politischen Kampfbegriffs

Kiepenheuer & Witsch,
2017

ISBN: 978-3-462-31782-4

Bestellung:

www.besserewelt.at



Van der Bellen im Jahr 2016: „Sie haben die Hautevolee hinter sich und ich die Menschen!“ Oder: „Sie sind ein Kandidat der Schickeria. Ich bin ein Kandidat der Menschen.“ Nina Horaczek und Walter Ötsch schreiben außerdem: „Österreich ist für die FPÖ ein „Parteienstaat, in dem gnadenlos die Interessen teilkorruptierter Eliten regieren“.

Auch heute noch zählt der Begriff keinesfalls ausschließlich zum Repertoire von RechtspopulistInnen. Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller ergänzt: „Alle Populisten sind gegen das ‚Establishment‘ – aber nicht jeder, der Eliten kritisiert, ist ein Populist.“ Allerdings ist diese Unterscheidung für den rechtspopulistischen Diskurs von Bedeutung, denn Menschen, die vor anderen Hintergründen Herrschaftskritik üben, werden von RechtspopulistInnen eben dieser Elite zugerechnet. „Wer sich ihnen entgegenstellt und ihren moralischen Alleinvertretungsanspruch bestreitet, gehört automatisch nicht zum wahren Volk“, so Müller.

Fake News

Laut Duden werden damit „in den Medien und im Internet, besonders in den Social Media, in manipulativer Absicht verbreitete Falschmeldungen“ bezeichnet. Die österreichische Journalistin Ingrid Brodnig konkretisiert, dass der Begriff „fabrizierte Meldungen“ beschreibt, „die mit einer Täuschungsabsicht in die Welt gesetzt wurden: entweder um Menschen politisch zu manipulieren, also ihre Meinung mittels erfundener Behauptungen zu beeinflussen, oder aber, um ökonomisch von der Aufregung zu profitieren, die Falschmeldungen verursachen“. US-Präsident Donald Trump bezeichnete den US-Sender CNN als Fake News, auch andere Medien wie die „New York Times“ oder CBS verunglimpft er mit diesem Begriff.

Mehr: tinyurl.com/yd2howup
faktenfinder.tagesschau.de

Genderwahnsinn

Im feministischen Sprachgebrauch bedeutet Gender das soziale im Unterschied zum biologischen Geschlecht. Damit wird hervorgehoben, dass viele Eigenschaften, die als biologisch eingestuft werden, in Wahrheit durch die Gesellschaft vorgegeben werden. Oder um es mit Simone de Beauvoir zu sagen: Man wird nicht als Frau geboren, man wird dazu gemacht.

Um den Ausschluss von Frauen aus der deutschen Sprache, in der mit dem männlichen Begriff Frauen „mitgemeint werden“, zu beenden, gibt es inzwischen eine Reihe von verschiedenen Vorschlägen für eine geschlechtergerechte oder eben gendergerechte Sprache.

Gender-Mainstreaming wiederum bedeutet, dass Frauenpolitik nicht als abgehobenes Aktionsfeld gesehen wird, vielmehr wird gefordert, frauenpolitische Dimensionen in allen Politikfeldern zu berücksichtigen. Dieser Zugang stößt verständlicherweise auf wenig Zustimmung bei PopulistInnen, die selten eine emanzipatorische Programmatik haben. Mit dem Schlagwort „Genderwahnsinn“ versuchen sie feministische Politiken zu diffamieren. In der rechtspopulistischen Vorstellungswelt ist dieser Wahnsinn so weit

fortgeschritten, dass Männer inzwischen diskriminiert werden.

Gesinnungsterror

RechtspopulistInnen inszenieren sich gerne als Opfer des politischen Diskurses. Die Freiheitlichen beispielsweise beklagen seit inzwischen Jahrzehnten, sie seien Opfer einer Ausgrenzungspolitik. So plakatierte die FPÖ das Foto von Parteichef Strache mit dem Slogan: „Sie sind gegen ihn, weil er für euch ist.“ Gerne wird auch die angeblich übertriebene „Political Correctness“ beklagt, die analog zur Zensur verbieten würde, dass „man sagen darf, was man denkt“. Die PopulistInnen aber würden sich trauen, gegen dieses „Diktat“ vorzugehen. „Wir sagen die Wahrheit, wir lassen uns nicht den Mund verbieten“, erklärte etwa FP-Chef Strache.

Korruption

Ein beliebtes Thema von RechtspopulistInnen ist die Korruption. Selbstverständlich ist nicht jede Partei, die der Korruption den Kampf angesagt hat, automatisch eine populistische Partei. Vielmehr passt das Thema Korruption geradezu perfekt zu der von PopulistInnen

konstruierten zweigeteilten Welt, in der sie nicht nur gegen angebliche Bedrohungen von außen auftreten, sondern auch gegen eine „korrupte Elite“.

Mainstream-Medien

An sich wird dieser Begriff nicht nur von Rechten verwendet, um jene Medien zu kritisieren, die vom Mainstream gelesen werden. Darunter stellt man sich die Mehrheit der Bevölkerung vor, die nicht an widersprüchlichen und kritischen Informationen interessiert ist. Auch FeministInnen oder Linke prangern an, dass diese Medien zu wenig kritisch mit Informationen umgehen und anderen Sichtweisen zu wenig Raum ließen. Es wird angenommen, dass die JournalistInnen der Main-



BUCHTIPP

Jan-Werner Müller:
„Was ist Populismus?“
Ein Essay
Suhrkamp-Verlag, 2016
ISBN: 978-3-518-07522-7

Bestellung:
www.besserewelt.at



BUCHTIPP

Oliver Geden:
**Diskursstrategien
 im Rechtspopulismus**
 VS Verlag für Sozialwissen-
 schaften, 2006
 ISBN: 978-3-531-90430-6

Bestellung:
www.besserewelt.at



stream-Medien zu wenig recherchieren, nur Informationen verbreiten würden, die in eine bestimmte Gedankenwelt passen.

So berechtigt die Kritik an sich sein mag, so anfällig ist diese These für Verschwörungstheorien. Im rechten Vokabular haben sich die Begriffe Lügenpresse oder Lügenpropaganda inzwischen etabliert. Um diesen angeblichen Falschinformationen etwas entgegenzusetzen, haben rechte Gruppierungen und Parteien inzwischen eigene Plattformen ins Leben gerufen. „Diese sogenannten „alternativen Medien“ versprechen oft, die „Wahrheit“ zu liefern oder eine „Gegenöffentlichkeit“ herzustellen“, schreibt die österreichische Journalistin Ingrid Brodnig in ihrem Buch „Lügen im Netz“. Sie fügt hinzu: „Allerdings fällt ihre Berichterstattung weniger mit faktenorientierter Ausgewogenheit als mit besonderer Einseitigkeit auf.“ Von Journalismus könne in diesem Zusammenhang allerdings keine Rede sein, sondern es ist vielmehr eine „politisch motivierte Berichterstattung“, wie Brodnig festhält. Diese schreckt auch nicht davor zurück, Gerüchte, Halbwahrheiten oder gar Falschmeldungen zu verbreiten. Ziel ist es, Wut zu schüren oder allgemein zu emotionalisieren.

In den USA am bekanntesten sind die Breitbart-News, deren Chef Stephen Bannon eine Zeit lang Chefstrategie von US-Präsident Donald Trump war. Auch betreibt die FPÖ eine Reihe von Medien. Dazu zählt neben Zeitungen wie der „Neuen Freien Zeitung“, „Zur Zeit“ oder die „Aula“ auch ein eigener YouTube-Kanal. Hinzu kommt die Plattform unzensuriert.at, die von FPÖlern aus dem Umfeld des

früheren Dritten Nationalratspräsidenten Martin Graf gegründet wurde. Der frühere Geschäftsführer der Betreiberfirma war sein Büroleiter, Chefredakteur ist der frühere Pressesprecher von Graf.

Populismus

„Populisten, wohin das Auge reicht“, leitet der Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller sein Buch „Was ist Populismus?“ ein. In der Tat ist das Wort in aller Munde. Dass es bisweilen willkürlich verwendet wird, hat seinen Grund nicht zuletzt darin, dass es keine eindeutige Populismus-Definition gibt. So bezeichnen manche auch linke Gruppierungen als populistisch, was von anderen kategorisch zurückgewiesen wird, denn Populismus sei notwenigerweise nationalistisch, was die Linke nie sein könne (siehe auch „Das schlechte Volk?“, S. 12–13).

Kennzeichen populistischer Argumentation, darin sind sich die AutorInnen einig, ist die Differenzierung der Welt in „Wir“ und „die Anderen“ – „das Volk“ gegen „die Elite“, „die Ausländer“ usw. Der Politologe Anton Pelinka etwa meint, der Rechtspopulismus ergänze „den (anti-elitären) vertikalen Effekt des allgemeinen Populismus durch einen ‚xenophoben‘ horizontalen Effekt“.

In seiner Analyse der „Diskursstrategien“ von FPÖ und der schweizerischen SVP schreibt der deutsche Politologe Oliver Geden: „Der Rekurs auf ‚das Volk‘ steht im Zentrum (rechts-)populistischer Politik. ‚Das Volk‘ wird in einer Konstellation verortet, die es als ‚schweigende Mehrheit‘ sieht, die den politischen und kulturellen Eliten (sowie den von ihnen ‚protegierten‘ Minderheiten) in einer direkten Frontstellung gegenübersteht.“

Konkret führt Geden aus: „Während den Eliten vorgeworfen wird, nur die eigenen Partikularinteressen zu verfolgen, schlägt sich der Rechtspopulismus auf die Seite ‚des Volkes‘, stellt sich als dessen einziger legitimer Vertreter auf der politischen Bühne dar, als jene Strömung, die dem ‚Volk‘ wieder zu seiner Stimme verhilft.“ Jan-Werner Müller definiert den Kernan-

spruch von Populismus folgendermaßen: „Wir – und nur wir – repräsentieren das wahre Volk.“ Zugespißt formuliert er: „Sie behaupten von sich nichts weniger, als die 100 Prozent zu repräsentieren.“

Systemparteien

Mit dem Begriff des „Systems“ wurde von den Nationalsozialisten die deutsche Weimarer Republik oder auch der österreichische Austrofaschismus bezeichnet. Er ist keinesfalls neutral gemeint, sondern vielmehr verächtlich.

Auch Begriffe wie Systempartei oder Systempresse gehörten zum Sprachgebrauch der Nazis. Auch heute verwenden RechtspopulistInnen diese Begriffe gerne, um sich von „der Elite“ abzugrenzen. So warb die FPÖ beispielsweise mit dem Wahlslogan „Volksvertreter statt EU-Verräter“, FP-Chef Strache bezeichnete den früheren Bundeskanzler Werner Faymann als „Staatsfeind“.

Wirtschaftsflüchtlinge

Gerne wird argumentiert, dass Europa sich dagegen wehren müsse, dass „Wirtschaftsflüchtlinge“ unter dem Vorwand, Asyl zu suchen, hierherkommen. Fakt ist, dass mehr als die Hälfte der Menschen, die in Österreich Asyl beantragt haben, aus den Bürgerkriegsländern Afghanistan, Syrien und Irak kommen.

Mehr: tinyurl.com/y8a8j4yt

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
sonja.fercher@oegb.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

BUCHTIPP

Ingrid Brodnig:
Lügen im Netz
 Wie Fake News, Populisten
 und unkontrollierte
 Technik uns manipulieren
 Brandstätter Verlag, 2017
 ISBN: 978-3-7106-0160-6

Bestellung:
www.besserewelt.at





Nicht zuletzt

von

Willi Mernyi

Sekretär des ÖGB, Leiter Bereich
Organisation, Koordination, Service

Alarmsignal

Der Wahlkampf ist im Finale zu einer Schlammschlacht mit gegenseitigen Klagsdrohungen und Beschuldigungen verkommen. Eine Situation, bei der man es niemandem verdenken kann, wenn er oder sie einfach angewidert den Kopf wegdreht.

Der Schaden, der hier an der Politik und letztendlich an der Demokratie angerichtet wurde, ist, jetzt einige Tage nach der Wahl, noch gar nicht abzusehen.

Dirty Campaigning

Noch nie wurden in Österreich die Schattenseiten des „Dirty Campaigning“ – die Zeit der Demagogen und Politsöldner – so augenscheinlich wie jetzt. Es hat Wirkung gezeigt: Die politische Kultur und die öffentliche Diskussion leiden darunter.

Unsere politische Landschaft ist im Umbruch. Die Bindungen zu Vorfeldorganisationen und Parteien werden immer schwächer. Traditionelle Politik mit ihrer herkömmlichen Kommunikation versagt.

Wir überlassen es gerade den PopulistInnen, jene Menschen „einzusammeln“, die sich nicht mehr an große Organisationen gebunden fühlen. Jene Menschen, die mit der zunehmenden Komplexität einer modernen kapitalistischen Welt konfrontiert und damit auch oft überfordert sind.

„Die größte Chance für Populisten tritt dann ein, wenn ganze Bevölkerungsteile gesellschaftspolitisch obdachlos werden.“

Lawrence Goodwyn

Populistische Strömungen sind ein Protest gegen etablierte Parteien. Gerade in unserer gewerkschaftlichen Zielgruppe ist es ein Misstrauen gegen die akademische Schicht, gegen gesellschaftliche und wirtschaftliche Eliten und gegen soziale Ungleichheit.

Vielleicht könnte man Populismus sogar als „unser schlechtes Gewissen“ betrachten. Im positivsten Sinn ein Alarmsignal, das auf eine Krise der etablierten Politik hinweist, auf einen Mangel von guter und professioneller Kommunikation „zwischen denen da oben“ und „dem Volk“. Also ein Aufschrei des Misstrauens und der Unzufriedenheit.

Vielleicht ist Populismus so etwas wie ein Albtraum für die herkömmliche Politik, für die Reformpolitik der Mitte, für die Politik der Koalitionen und die Politik der „faulen“ Kompromisse.

Populismus als Revolte

Vielleicht ist der Populismus als Revolte gegen eine wissensorientierte Zukunftsvorstellung zu verstehen. Als Ablehnung gegen eine globale Zukunft, der viele unvorbereitet und verunsichert entge-

gensehen. Oder ein Aufschrei gegen die Zukunftsvorstellung des lebenslangen Lernens, das viele als lebenslangen Zwang erleben; gegen eine Zukunft, die sich einer leistungs- und wissenschaftsorientierten Wirtschaft verschrieben hat, in der der Zwang zur Flexibilität und die Logik des Marktes vorherrschen.

Viele Menschen fühlen sich diesen Entwicklungen gegenüber überfordert und schutzlos ausgeliefert. Der Populismus lehnt sich dagegen auf. Vielleicht umso erfolgreicher, weil wir den Menschen oft nur sagen „das ist unsere einzig mögliche Zukunft“, weil wir keine Alternativen aufzeigen, keine Gegenentwürfe zu dieser rein der Vernunft des Kapitals unterworfenen Welt vorlegen.

Tiefe Kluft

Weil die Argumentation der politischen Mitte auf eine tiefe Kluft zwischen den GewinnerInnen und den VerliererInnen der Modernisierung abzielt, auf die Kluft zwischen ZukunftsoptimistInnen und ZukunftspessimistInnen. Eine Kluft, die hingenommen wird.

Dadurch entsteht eine Trennlinie zwischen gesellschaftlichen Gruppen, zwischen jenen, die die Zukunft willkommen heißen, und denen, die die Zukunft fürchten. Unsere politische Positionierung in diesen Fragen wird also über die Zukunft des Populismus entscheiden!

Der blog.arbeit-wirtschaft.at ist die digitale Ergänzung zur Printausgabe der „A&W“. Frisch gebloggt zeigt einige Highlights.

Thinktank AK: *Wissen ist Macht*

Brigitte Pellar

Im sogenannten Vertrauensindex nimmt die Arbeiterkammer seit Jahren eine Spitzenposition unter den Institutionen ein. Nur die Polizei genießt bei der Bevölkerung ein ähnlich hohes Ansehen. Zentrale AK-Leistungen wie Service und Beratung sind vielen Menschen aus persönlicher Erfahrung bekannt. Dennoch fordern einige politische Parteien die Senkung oder Abschaffung der gesetzlichen Mitgliedsbeiträge. Warum? Die Erklärung liegt in den gegensätzlichen Interessen, die in unserer Gesellschaft herrschen. Das geballte ExpertInnenwissen der AK zu zentralen sozialen,

wirtschaftlichen und juristischen Fragen ist Teilen der Wirtschaft ein Dorn im Auge. Denn dieses Wissen ist Macht – und ein wichtiges Instrument, um Privatisierungswellen oder Sozialabbauprojekte wie Pensionskürzungen oder Hartz IV zu verhindern. Durch eine Umlage-Senkung könnte man diese wichtige Schutzfunktion kaputtsparen. Wer also die AK schwächt, hat nicht weniger als unseren Sozialstaat und die soziale Sicherheit im Visier.

Lesen Sie mehr: tinyurl.com/ycta4j8t

Solidarität als *Merkmal menschlicher Gesellschaften*

Karl Brandstetter

Wie gerecht (oder ungerecht) geht es in unserer Gesellschaft zu? Viele Ansätze sehen Gerechtigkeit untrennbar mit der Frage nach Gleichheit verbunden. Es geht sozusagen um eine gerechte Handhabe der Ungleichheit. Diese kann viele Gesichter haben – und betrifft etwa die Verteilung von Einkommen und Vermögen oder Kategorien wie Geschlecht, Gesundheitszustand, Alter oder Bildung. Anders als in einem rechtsfreien Urzustand, wo nur das Recht der/des Stärkeren gilt, ermöglicht das Zusammenleben in einer menschlichen Gesellschaft die kollektive Gestaltung der

gemeinsamen Lebensgrundlagen. Dieser Gesellschaftsvertrag bringt für das Individuum sowohl soziale Rechte als auch soziale Pflichten mit sich. Unterm Strich garantiert er auf diese Weise ein Mindestmaß an Freiheit und Sicherheit – für alle. Die Überlegungen des Philosophen John Rawls erklären das Prinzip Solidarität und warum ein Angriff auf Solidarsysteme im krassen Widerspruch zu den Grundlagen der menschlichen Zivilisation steht.

Lesen Sie mehr: tinyurl.com/y7psy3rk

Wenn Ihnen ein Blogbeitrag gefällt, belohnen Sie uns und die Autorinnen und Autoren doch damit, dass Sie den Beitrag per Facebook, Twitter, E-Mail oder – ganz klassisch – per Mundpropaganda an interessierte Menschen weitergeben!

Wir freuen uns, wenn Sie uns abonnieren:

blog.arbeit-wirtschaft.at

Sie finden uns auch auf Facebook:

facebook.com/arbeit.wirtschaft

Aus AK und Gewerkschaften

AK:

Die verborgenen Super-Reichen

Neue AK-Studie zeigt: Das Gesamtvermögen privater Haushalte ist um 319 Milliarden Euro höher als bisher angenommen.

Bisher wurde das Gesamtvermögen privater Haushalte in Österreich mit 998 Milliarden Euro beziffert. Es liegt allerdings deutlich höher, wie Forscher der Universität Linz im Auftrag der AK berechnet haben, nämlich bei 1.317 Milliarden Euro. Somit wuchs das Gesamtvermögen durch die Hinzuschätzung der fehlenden Reichen im Datensatz um 319 Milliarden Euro. Das Durchschnittsvermögen steigt unter der Berücksichtigung vorher nicht erfasster reicher Haushalte von 258.000 auf 341.000 Euro.

Der Hintergrund: Erst seit wenigen Jahren bringt eine Erhebung der Oesterreichischen Nationalbank deutlich mehr Transparenz in die Vermögensverteilung in Österreich. Eine besondere Schwierigkeit ist dabei die korrekte Erfassung sehr vermögender Haushalte, da diese nur in kleinem Umfang befragt werden und darüber hinaus die Teilnahme an

der freiwilligen Erhebung eher verweigern. Ein Team rund um Jakob Kapeller von der Universität Linz hat eine statistische Hochschätzung für diese fehlenden reichen Haushalte in der zweiten Welle der ÖNB-Erhebung vorgenommen. Ergebnis: Die Vermögenskonzentration ist noch höher als bisher vermutet.

Interessant ist vor allem das reichste ein Prozent: Dieses besitzt in Österreich rund 40,5 Prozent des gesamten privaten Vermögens. Im Durchschnitt bedeutet das ein Nettovermögen von 14 Millionen Euro pro Haushalt. Das Gesamtvermögen des reichsten Prozents liegt bei 534 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Die „unteren“ 90 Prozent besitzen zusammen etwa 34,2 Prozent des Vermögens, also weniger als das reichste ein Prozent allein.

Die Vermögenskonzentration ist schon in den unbereinigten Rohdaten

erschreckend und erfordert rasches Handeln. Die Hochschätzung zeigt lediglich, dass die Realität noch bei Weitem schlimmer ist. Wir brauchen wieder eine Gerechtigkeitsdiskussion darüber, wie privates Vermögen in Österreich verteilt sein soll. Die AK verlangt ergänzend zum Bericht zur Armutsgefährdung einen umfassenden Reichtumsbericht der Bundesregierung, der regelmäßig dem Parlament und der Öffentlichkeit vorgelegt wird.

Vermögens- und Erbschaftssteuern sind unumgänglich, denn die Finanzierung des gemeinsamen Wohlfahrtsstaates braucht einen fairen Beitrag der Reichsten. Um verlässlichere Daten als in der Vergangenheit zu erhalten, muss es zudem eine Teilnahmeverpflichtung an den Haushaltserhebungen der EZB geben.

Mehr Infos: tinyurl.com/ybs7rgxm

Wiener Stadtgespräch mit Herfried Münkler

Der deutsche Politikwissenschaftler im November zu Gast bei Peter Huemer: „Schicksalsgemeinschaft EU: Migration und Integration als Herausforderung“.



© Raif U. Heinrich

„Die EU steckt zurzeit in ihrer tiefsten Krise – und es gibt keine politisch tragfähige und von allen Mitgliedern geteilte Vorstellung darüber, wie daraus wieder herauszukommen ist.“ Herfried Münkler (geboren 1951) ist Professor für Politikwissenschaft an der Berliner Humboldt-Universität und Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Forschungen zu den Schwerpunkten Politische Theorie und Ideengeschichte. Einige seiner Veröffentlichungen hierzu gelten mittlerweile als Standardwerke, etwa „Die neuen Kriege“ (2002), „Imperien“ (2005), „Die Deutschen und ihre Mythen“ (2009), „Der Große Krieg“ (2013) und „Der Dreißigjährige Krieg. Europäische Katastrophe, Deutsches Trauma 1618–1648“ (2017). Für sein Werk erhielt Herfried Münkler zahlreiche Auszeichnungen, u. a. den Preis der Leipziger Buchmesse (2009), den Meyer-Struckmann-Preis der Philosophischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (2009) sowie den Friedrich-Schiedel-Literaturpreis (2016).

Moderation: Peter Huemer

Dienstag, 14. November 2017, 19 Uhr, AK Wien, Bildungszentrum – Großer Saal, Theresianumgasse 16–18, 1040 Wien

Das Wiener Stadtgespräch ist eine Veranstaltungsreihe der Arbeiterkammer Wien in Kooperation mit der Stadtzeitung „Falter“.

Eintritt frei

Um Anmeldung wird gebeten

E-Mail: stadtgesprach@akwien.at

Telefon: 01/501 65-2882

Mehr Infos: www.wienerstadtgesprach.at/aktuell

www.facebook.com/wienerstadtgesprach

wiener-
sta-
d-
tgespräch

Man kann nicht alles wissen ...

Ad-hominem-Argument (auch: argumentum ad hominem): Scheinargument, mit dem die Position oder These eines Streitgegners durch einen persönlichen Angriff angefochten wird. (Seite 21)

Alt-Right-Bewegung: Seit wenigen Jahren gebräuchliche Kurzbezeichnung für die sogenannte alternative Rechte (alternative right), den rechtsextremistischen Rand im Parteienspektrum der USA. Alt-Right ist dabei Sammelbegriff für verschiedene rassistische und antisemitische Ideologien zu verstehen, die davon ausgehen, dass die „Identität der weißen Bevölkerung“ von der multikulturellen Einwanderungsgesellschaft, „politischer Korrektheit“ und Gesetzen zur Förderung von sozialer Gerechtigkeit bedroht sei und daher verteidigt werden müsse. (Seite 10)

Bannon, Stephen: US-Filmproduzent, Publizist und politischer Berater, geb. 1953; er leitet seit 2012 Breitbart News Network. Von August 2016 an war Steve Bannon ein Jahr lang an der Seite Donald Trumps, zuerst als Wahlkampf-Berater und danach als Chefstrategie im Weißen Haus. (Seite 10)

Boros, Tamás: Der Politologe beschäftigt sich hauptsächlich mit den Themen Demokratie, Rechts-Extremismus und Populismus und ist Co-Direktor und strategischer Leiter des politischen Forschungsinstituts Policy Solutions. (Seite 22)

Breitbart (News Network): US-amerikanische rechtspopulistische Nachrichten- und Meinungsplattform, die 2007 durch den konservativen Publizisten Andrew Breitbart gegründet wurde. Nach dessen frühem Tod 2012 übernahm Steve Bannon die Internetplattform. (Seite 10)

Chapel Hill Expert Survey (CHES): Im Abstand von vier Jahren durchgeführte Erhebungen über die Positionierung nationaler Parteien (bezüglich Integration, Wirtschaftsfragen etc.) in Europa. Die erste derartige Erhebung fand 1999 in 14 Staaten statt, der aktuelle Survey 2014 in 31 Ländern. (Seite 15)

Dichotomisierung: Zweiteilung. (Seite 18)

evozieren: hervorrufen, bewirken. (Seite 33)

Fiskalrat: Ende 2013 wurde der 1970 gegründete österreichische Staatsschuldenausschuss aufgrund des Europäischen Fiskalpaktes in den Fiskalrat umgewandelt. Zusammensetzung: sechs Mitglieder aus der Bundesregierung, insgesamt drei Mitglieder von Wirtschafts- bzw. Landwirtschaftskammer, drei Mitglieder der Arbeiterkammer sowie je ein nicht stimmberechtigtes Mitglied von Gemeindebund, Städtebund und Landeshauptleutekonferenz; Präsident: Bernhard Felderer. Zusätzlich gibt es beratende Mitglieder, z. B. von der Nationalbank. Aufgaben der Fiskalräte: Prognosen zur Entwicklung der Staatsfinanzen, Analyse der öffentlichen Budgets, Empfehlungen an die Politik unter Berücksichtigung konjunktureller Entwicklungen sowie die Überwachung der Einhaltung der Fiskalregeln. (Seite 37)

FWF (Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung): 1967 beschloss der Nationalrat das

Forschungsförderungsgesetz (FFG), durch das zwei Forschungsförderorganisationen mit eigener Rechtspersönlichkeit gegründet wurden: der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (Wissenschaftsfonds) und der Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft. Der Wissenschaftsfonds ist die zentrale Einrichtung zur Förderung der Grundlagenforschung und zur Stärkung der internationalen Sichtbarkeit Österreichs als Wissenschaftsstandort. (Seite 19)

(Geschichts-)Revisionismus: Versuch, eine als allgemein anerkannt geltende politische, wissenschaftliche oder – wie hier – historische Erkenntnis und Position nochmals zu überprüfen, infrage zu stellen, neu zu bewerten oder umzudeuten. (Seite 21)

Hannich, Josef: böhmisch-österreichischer Politiker, Journalist und Arbeiterdichter (1843–1934); mehrere Jahre lang Abgeordneter im Abgeordnetenhaus, dem Unterhaus des österreichischen Reichsrates. (Seite 4)

hegemonial: die Vormachtstellung einnehmend bzw. anstrebend. (Seite 13)

inhärent: an etwas haftend, ihm innewohnend. (Seite 20)

Krosch, Josef: böhmischer Politiker (1840–1870); nach ausgedehnten Wanderungen als Tuchmachergeselle war er in Sachsen im Verband der deutschen Arbeiterverbände aktiv, später in seiner Heimat als Agitator für sozialistische Ideen unter den Arbeitern. Krosch wurde später als Begründer der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Nordböhmen gefeiert. (Seite 4)

Millennials: Bezeichnung für die Generation der 1980 bis 2000 Geborenen, gebräuchlich sind auch die Begriffe Generation Y oder Generation Me. (Seite 23)

Nachrichtenfaktoren: Sie werden auch Nachrichtenwerte genannt und sind eines von mehreren professionellen Prinzipien, an dem sich JournalistInnen bei der Auswahl der Themen leiten lassen sollen. Laut Fischer Lexikon für Publizistik entscheidet der Nachrichtenwert eines Ereignisses darüber, „ob es berichtenswert ist und auch, wie stark es von den Medien durch Platzierung, Umfang und Aufmachung herausgestellt wird“. Das Lexikon nennt zwölf Faktoren, darunter „Bedeutsamkeit (kulturelle Nähe/Betroffenheit, Relevanz)“, „Überraschung“, „Eindeutigkeit“ oder „Personalisierung“. (Seite 31)

Narrativ: sinnstiftende, allgemein bekannte Meta-Erzählung, die Einfluss auf die Art hat, wie die Umwelt wahrgenommen wird. Sie transportiert Werte und Emotionen, soll Orientierung bieten und Zuversicht vermitteln – wie etwa das Narrativ „vom Tellerwäscher zum Millionär“. Mit dem verstärkten Interesse an den Neurowissenschaften und der Rolle von Emotionen und des Unterbewussten in Entscheidungsprozessen ist auch die Bedeutung von Narrativen in der öffentlichen Diskussion gewachsen. (Seite 20)

Nativismus: 1. betontes Festhalten an bestimmten Elementen der eigenen Kultur als Reaktion auf eine Bedrohung durch eine andere, überlegene Kultur. 2. Theorie, nach der Vorstellungen, Grundeinstellungen, Raum- und Zeitvorstellungen etc. den Menschen angeboren sind. (Seite 21)

Postdemokratie: In der Sozialwissenschaft seit den 1990er-Jahren vermehrt verwendeter Begriff, um aktuelle generelle Veränderungen demokratischer Systeme zu erfassen. Grundthese ist, dass tatsächliche politische Partizipation reduziert werde zugunsten einer lediglich demonstrierten Demokratie. Wahlen werden zwar noch abgehalten, doch sie sind eher von Wirtschaftsbossen mit Unterstützung von PR-ExpertInnen veranstaltete Shows als echte Willenskundgebung der Bevölkerungsmehrheit. Wahlkämpfe verkommen so zu einem reinen Spektakel, bei dem man nur über die Probleme diskutiert, die die ExpertInnen zuvor ausgewählt haben. Maßgeblich geprägt und verbreitet wurde der Begriff durch das gleichnamige Buch des britischen Politikwissenschaftlers Colin Crouch. Kennzeichen der Postdemokratie sind: Verfall politischer Kommunikation, exklusive Privilegien für wenige, scheinbarer Verlust von Klassen. (Seite 28)

Schäuble, Wolfgang: deutscher CDU-Politiker, geb. 1942; dienstältester Bundestagsabgeordneter, seit 1984 hatte er mehrere wichtige politische Ämter inne, zuletzt Finanzminister bzw. nach der Wahl 2017 Präsident des Bundestages. Schäuble wurde 1990 während einer Wahlveranstaltung von einem psychisch Kranken niedergeschossen und sitzt seitdem im Rollstuhl. (Seite 13)

Snapchat: 2011 gegründeter kostenloser Instant-Messaging-Dienst zur Nutzung auf Smartphones und Tablets. Der Dienst ermöglicht es, Fotos und Kurzfilme, die nur eine bestimmte Anzahl von Sekunden sichtbar sind und sich dann selbst „zerstören“, an Freunde zu versenden. Bei Snapchat werden keine Profile angelegt, sondern die NutzerInnen (User) erhalten eigene Channels, mit denen Inhalte verbreitet werden können. Andere UserInnen können die Inhalte sehen, aber nicht kommentieren oder liken. Seit heuer ist Snapchat an der Börse. (Seite 23)

Tea Party: rechtspopulistische und konservative US-amerikanische Protestbewegung, die 2009 als Reaktion auf Bankenrettungsversuche und Konjunkturpakete der Regierung Obama gegründet wurde. Obwohl sie sich als Grassroot-Bewegung bezeichnet, wird die Tea Party von mehreren reichen Konservativen finanziell unterstützt. Der Name Tea-Party-Bewegung bezieht sich auf die Boston Tea Party von 1773, wo symbolisch als Indianer verkleidete Bostoner als Akt des Widerstandes gegen die britische Kolonialpolitik Teelieferungen der britischen East India Tea Company ins Meer warfen. Tea steht außerdem als Akronym für „Taxed enough already“. (Seite 28)

Topos: feststehendes Bild, Formel u. Ä. (Seite 20)



Rechtsextrem

Symbole. Codes. Musik. Gesetze. Organisationen

Christa Bauer, Willi Mernji

Zeitgeschichte

4. Auflage 2017 / 98 Seiten / EUR 19,80

ISBN 978-3-99046-195-2

Diese Broschüre bietet Informationen zu neofaschistischen Jugendkulturen, deren Codes und Symbolen (z. B. Musik, Kleidung) – u. a. auch zu historischen Symbolen aus der NS-Zeit und rechtsextremen Organisationen. Neben dem Verbotsgesetz wird auch auf Fragen wie „Was kann ich tun, wenn ich rechtsextreme Symbolik erkenne?“ oder „Wohin kann ich mich wenden?“ eingegangen.

Dieser Titel kann leider nicht nach Deutschland geliefert werden.

BESTELLUNG

IM THEMESHOP DES ÖGB-VERLAGS

www.arbeit-recht-soziales.at / kontakt@arbeit-recht-soziales.at

F +43 1 405 49 98-136 / T +43 1 405 49 98-132

oder direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

1010 Wien, Rathausstraße 21

Anzahl der Exemplare

Name

Vorname

Firma/Institution

Telefon

E-Mail

Anschrift

PLZ

Ort

Datum, Unterschrift



DAS BILDUNGSANGEBOT FÜR ARBEITNEHMERVERTRETERINNEN VON

VOGB UND



ALLE LEHRGÄNGE 2018 AUF EINEN BLICK: www.voegb.at

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

AW

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank